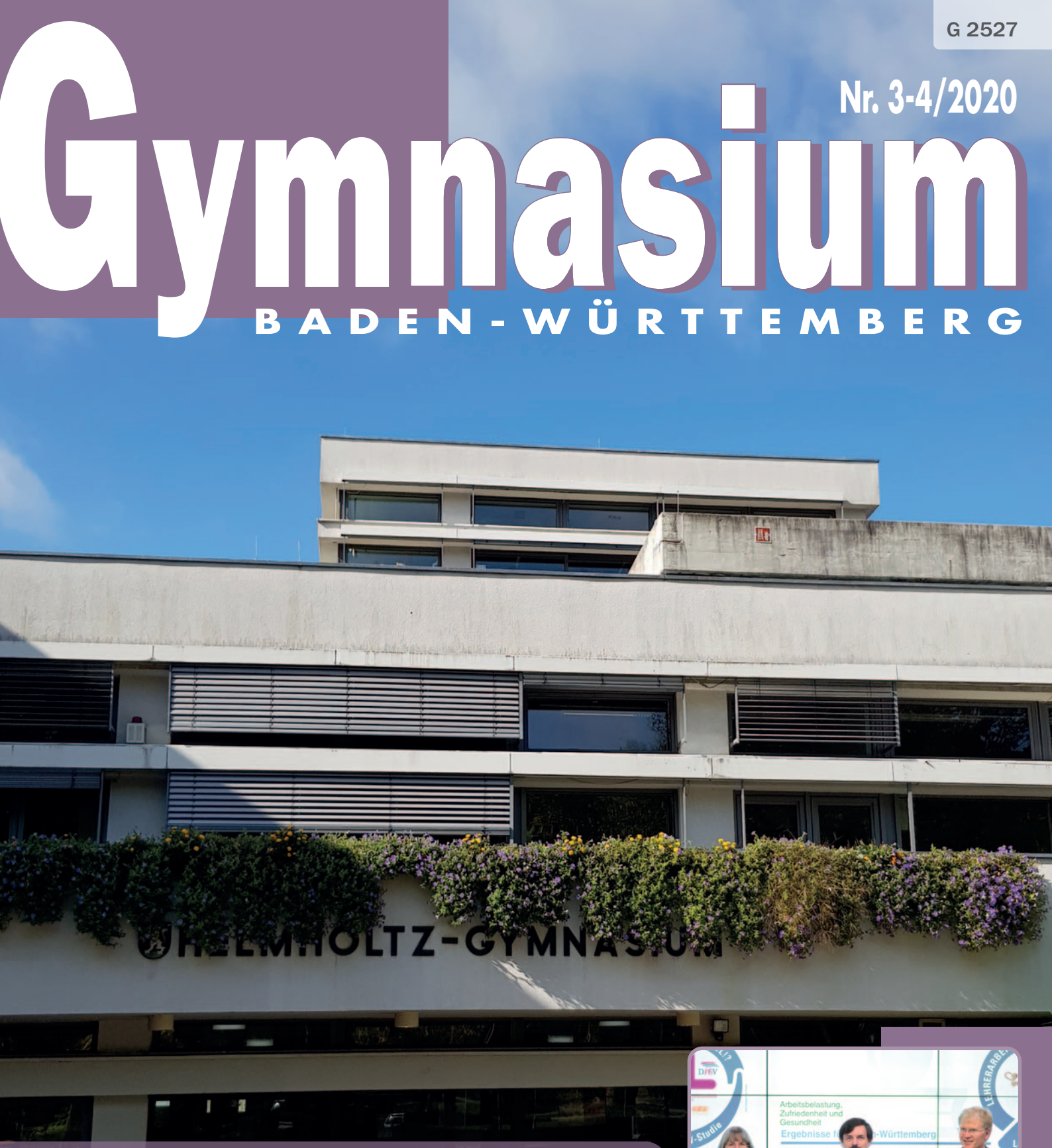
G 2527

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Nr. 3-4/2020



Der Philologenverband BW als Vorreiter:

- Frühzeitige Forderung nach Schulschließungen umgesetzt
- Vorschläge zur Stärkung von Geografie und Gemeinschaftskunde
- LAiW-Studie und ihre Folgen für gymnasiale Lehrkräfte in BW
- Meinungsaustausch zu den Aufgaben und Zielsetzungen des IBBW
- Zu den Perspektiven digitaler Schulentwicklung

Neue Rubrik: **Der HPR außerschulischer Bereich**

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

Pressemitteilung – Bundesweite LaiW-Studie: Lehrkräfte brauchen Entlastung *(gbw)* 3

Ein Markenkern des Gymnasiums: Fachlichkeit und Leistung *[Dr. Günter Klein]* 6

JuPhi-Bewerbertraining in Nordbaden *[Martina Scherer]* 8

Klausurtagung des PhV BW *[Karin Fetzner]* 8

Profund den Start in die örtliche Personalratsarbeit flankiert *[Martin Stroh]* 9

Neue 'Unterrichtsmaterialien Papier' *[Evelyn Schönheit]* 11

Thema aktuell: CDU 12

Aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 13

Aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 15

Perspektiven für die digitale Schulentwicklung *[Dr. Patrick Bronner]* 15

Kleine Änderung, große Wirkung *[Isabel Dobos]* 18

Gleichartig, nicht gleichwertig *[Dieter Grupp]* 19

Leistung macht Schule *[Sabine Rühtz]* 20

Kooperation von Eltern und Lehrkräften *[Karin Fetzner]* 23

Titelfoto: Helmholtz-Gymnasium Heidelberg (Foto: Helmut Hauser)

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter:
Enver Groß *[E.G.]* | enver.gross@phv-bw.de
Ziegelstraße 14 | 88214 Ravensburg
Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher *[HL]* | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Evelyn Kapahnke *[E.K.]* | Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:
Mai-Juni-Ausgabe: 11. Mai 2020,
Juli-August-Ausgabe: 22. Juni 2020.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

der Redaktionsschluss dieser GBW-Ausgabe lag zwölf Tage vor den Schulschließungen. Da Covid-19 mittlerweile das alles beherrschende Thema ist, als erstes einige am 19. März eingefügte Anmerkungen dazu. Die Ausführungen zur LaiW-Studie im Editorial wurden dafür gekürzt.

Corona-Pandemie

- **Am 10. März** hat der Philologenverband Baden-Württemberg um 15:44 Uhr in einer E-Mail an das Kultusministerium (KM) die sofortige prophylaktische Schließung aller Schulen gefordert. Ab dem 11. März haben wir diese Forderung dann öffentlich erhoben. – Reaktion von KM, Sozialministerium und GEW: »Unverantwortlich!«
- **Am 13. März** kurz vor 14:00 Uhr verkündete unsere Landesregierung eine generelle Schulschließung ab dem 17. März. Sofort um 16:00 Uhr wurde dies in einer Telefonkonferenz mit allen Lehrerverbänden, LEB, LSB und LSBR besprochen.
- **Am 14. März** haben wir das KM über den 'Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012' des Bundestags informiert, der sich wie ein Drehbuch der aktuellen Entwicklungen liest. Siehe: **http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/120/1712051.pdf.** – Eine Reaktion haben wir nicht erhalten.
- **Am 19. März** haben wir dem KM die Videokonferenz-Software alfaview (*siehe* **www.alfaview.com**) empfohlen, um einen quasi-regulären Unterricht nach Stundenplan (per Videokonferenz) datenschutzkonform anbieten zu können.

Jetzt geht es primär darum, die Ansteckungsrate schnellstmöglich gegen Null zu bringen und den massiv veränderten Alltag in geordnete Bahnen zu lenken. – Alles Weitere später!

Ein tragfähiges pädagogisches Konzept für die GMS

Mitte Februar haben wir die Probleme an Gemeinschaftsschulen, die uns von GMS-Gymnasiallehrern berichtet wurden, an die Öffentlichkeit gebracht. Deutschlandfunk, 'Landesschau Aktuell' im Fernsehen und viele Zeitungen berichteten. Unsere Lehrer-Berichte ließen die GMS-Befürworter aufschreien: So schrieb der Vorsitzende des 'Vereins für GMS BW' eine E-Mail an seine Vereinsmitglieder und die GMS-Schulleitungen unter der Überschrift 'Borniert bis auf die Knochen' und seine Stellvertreterin sekundierte mit: »Die Aussagen des Philologenverbands sind so haltlos, dass es sich nicht lohnt, im Detail darauf einzugehen.« Selbst Ministerpräsident Kretschmann antwortete in einem Interview mit: »Äußerungen unzufriedener Gymnasiallehrer, die lieber am Gymnasium wären und jetzt da ein bisschen rumkritisieren«.

Bemerkenswert ist, dass auf die inhaltliche Kritik am verfehlten pädagogischen Konzept mit keinem Wort eingegangen wurde. Reaktionen gab es nur zum Mobbing gegenüber Gymnasiallehrern, das in ca. einem Drittel der Rückmeldungen an den PhV angesprochen wurde. Die GMS-Befürworter 'entkräfteten' diesen Vorwurf dadurch, dass sie von anderen GMS positive Rückmeldungen von Gymnasiallehrern veröffentlichten (tolle Logik). Dazu hatte der 'Verein für GMS BW' in einem Schreiben über den Dienst-E-Mailverteiler aufgerufen: »Wir bitten Sie, in dieser wirklich kritischen Situation für die Gemeinschaftsschule aktiv zu werden!«

Der Philologenverband bekam in der Folge der Veröffentlichungen etwa gleich viele zustimmende wie protestierende Rückmeldungen von Betroffenen. Die zustimmenden Rückmeldungen von Lehrkräften und Eltern reichten von »Nach fünf Jahren fühle ich mich erstmals von jemandem

verstanden und vertreten« bis zu »Meine Erfahrung ist die, dass Kollegen aus Haupt- und Realschule [an der GMS] die gleiche Einstellung zur Gemeinschaftsschule haben wie die Gymnasiallehrer. Bei diesen Kollegen herrscht jedoch, aus Angst vor Repressalien, Schweigen.«

Das angekündigte Gespräch mit Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann am 16. März wurde wegen Covid-19 abgesagt. Wir bleiben aber am Ball!

Übrigens: Die zwölfminütige Radiosendung im Deutschlandfunk finden Sie unter **www.deutschlandfunk.de**, dort im obersten Menü unter 'Mediathek'! Suchen Sie nach 'Campus und Karriere' und scrollen Sie dann zurück auf das Datum 17. Februar. Wenn Sie die Sendung anwählen, startet nach einigen Sekunden der sechsminütige Bericht und im Anschluss daran das Interview mit dem PhV-Vorsitzenden.

Gemeinschaftskunde und Geografie in der Kursstufe

Der PhV hat dem KM folgenden Vorschlag gemacht: Wer in Gk oder Geo auf Basisniveau Abitur machen möchte, soll dieses Fach (zusätzlich zum Kombikurs GK-Geo) zwei weitere Semester belegen. Geprüft wird dann der Umfang der vier Kurssemester in diesem Fach.

Diese einfache Lösung zur (minimalen) Stärkung von Geo und GK auf Basisniveau sollte sich zeitnah, spätestens zum Abitur 2023, umsetzen lassen. Damit wären dann auch 'ganz nebenbei' sämtliche technischen Probleme einer Abiturprüfung in beiden Fächern beseitigt.

Die LaiW-Studie zu Arbeitszeit, Belastung und Gesundheit gymnasialer Lehrkräfte

Die gemessenen 45,5 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit in einer Niedrigbelastungsphase (Mitte Februar bis Mitte März 2018) geben nicht den vollen Umfang unserer Arbeitszeit wieder. In der Studie wurden folgende Zeiten **nicht** erfragt:

- die **'Rüstzeiten'** (Wege vom Lehrerzimmer zu den Klassenräumen und zurück): Bei vollem Deputat macht das bei 2,5 Minuten einfachem Weg allein 125 Minuten wöchentlich, also über zwei Stunden!
- die **Arbeitszeiten in den Ferien:** Aus anderen Studien wissen wir, dass diese für Gymnasiallehrer pro 'Ferienzeitraum' bei durchschnittlich 20 Zeitstunden liegen, insgesamt pro Jahr also mindestens 100 Stunden.
- die **Korrekturzeiten in den Hochbelastungsphasen**, insbesondere während des Abiturs: Hier kommen für Deutschlehrer allein für die Erstkorrektur 50 Stunden, für die Zweitkorrektur 30 Stunden hinzu. (Vom HPR Gymnasien 2016 und 2017 erhobene Zahlen)
- **Bereitschaftszeiten:** Viele Schulen haben 'Bereitschaftszeiten' für Vertretungen eingeführt, meist ein bis zwei Schulstunden pro Woche, die uns gemeldete 'Rekordanzahl' liegt bei drei Bereitschaftsstunden pro Woche und Lehrer. Laut EU-Rechtsprechung sind Bereitschaftszeiten zu 100 Prozent Arbeitszeit.

Rechnet man alle diese Zeiten zusammen, kommt man auf eine Jahresarbeitszeit von 2000 Stunden (ohne die Bereitschaftszeiten). Laut Beamtenrecht hat jeder Beamte aber nur 1804 Jahresarbeitszeitstunden zu leisten. Tatsächlich werden also im Durchschnitt zehn Prozent Überstunden geleistet. Dies ist durch nichts zu rechtfertigen.

Ich verspreche Ihnen eines: Wir bleiben an allen Themen dran!

Besten Gruß

Ihr

Ralf Scholl
Vorsitzender PhV BW

Lehrkräfte brauchen Entlastung!

- *Alarmierende Ergebnisse der Studie 'LaiW – Lehrerarbeit im Wandel' zu Belastung, Arbeitszeit und Gesundheit gymnasialer Lehrkräfte in Baden-Württemberg*
- *Philologenverband Baden-Württemberg legt Sieben-Punkte-Programm zur Entlastung der Lehrkräfte und zur Verbesserung der Unterrichtsbedingungen vor*

Die baden-württembergischen Ergebnisse der bundesweiten Studie 'LaiW – Lehrerarbeit im Wandel' sind alarmierend: Gymnasiale Lehrkräfte sind hohen beruflichen Belastungen ausgesetzt und leisten regelmäßig in großem Umfang unvergütete Mehrarbeit. Die gesundheitsgefährdeten Risikogruppen, die unter psychischen Belastungen, Burnout-Symptomen und der Entgrenzung ihrer Arbeitszeit leiden, sind viel zu groß.

»Voraussetzung für eine Verbesserung der Unterrichtsqualität und des Bildungserfolgs der Schülerinnen und Schüler ist die längst überfällige Entlastung der gymnasialen Lehrkräfte«, so der Landesvorsitzende des PhV BW, Ralf Scholl.

Hierzu legt der Gymnasiallehrerverband PhV BW das folgende Sieben-Punkte-Programm vor.

1. Unterrichtsverpflichtung senken und weitere Daten erheben!

Die Arbeitszeitprotokolle der vom Deutschen Philologenverband beauftragten und von der DAK geförderten LaiW-Studie zeigen, dass gymnasiale Lehrkräfte bis auf wenige Wo- >>

chen in Niedrigbelastungsphasen ständig Überstunden leisten.

Die Studienergebnisse zu Belastung und Gesundheit der Lehrkräfte bestätigen diese strukturelle Überlastung.

Es muss deshalb umgehend damit begonnen werden, die Unterrichtsverpflichtung der gymnasialen Lehrkräfte schrittweise abzusenken.

Der PhV BW fordert vom Kultusministerium, die in der umfangreichen LaiW-Studie erhobenen Daten als Grundlage für Entlastungen zu akzeptieren und eine längst überfällige eigene Arbeitszeitstudie durchzuführen. Diese muss dann auch die Zeiträume der Schulferien und schulischen Pausen umfassen, die für Lehrkräfte keineswegs arbeitsfrei sind.

Dazu könnte eine einmalige Erhebung der Arbeitszeiten am Gymnasium über ein halbes oder ganzes Schuljahr dienen, bei deren Design Hauptpersonalrat und Verbände aufgrund ihrer einschlägigen Erfahrung mit einbezogen werden sollten.

Eine weitere Forderung des PhV BW zur Arbeitszeit ist, die im Bundesvergleich zu geringe und zu späte Altersermäßigung (die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung für ältere Lehrkräfte) zu verbessern und den Nachteilsausgleich für schwerbehinderte Lehrkräfte weiter auszubauen.

2. Klassenteiler senken!

Ein erheblicher Teil der Tätigkeit von gymnasialen Lehrkräften besteht aus aufwändigen Korrekturarbeiten. Diese Arbeitsbelastung kann durch eine Verringerung von Klassenteiler und Kursgrößen effektiv reduziert werden.

So bekommen die Lehrkräfte mehr Zeit für eine sachgerechte Korrektur und eine gründliche Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Darüber hinaus ist eine geringere Klassengröße auch unabdingbare Voraussetzung für einen sinnvollen Umgang mit Heterogenität im Unterricht. Lehrkräfte brauchen Zeit, um auf den einzelnen Schüler eingehen und ihn oder sie individuell fördern zu können.

Neuere Studien zeigen eindrucksvoll den positiven Einfluss kleinerer Klassen auf den Lernerfolg der Schüler in Fächern wie Deutsch und Mathematik und auf eine Verringerung der Klassenwiederholungen. Nach den Erkenntnissen der Berliner DIW Studie von 2018 können sich kleinere Klassen deshalb gesamtwirtschaftlich sogar finanziell lohnen.[1]

3. Mehr Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben!

Die gymnasialen Lehrkräfte schultern eine seit vielen Jahren stetig steigende Aufgabenlast. Ständig sind neue Aufgaben hinzugekommen: gestiegene Heterogenität der Schülerschaft durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Prävention, Unterstützung chronisch kranker Schüler, Inklusion, Gefährdungsbeurteilungen in Experimentalfächern, Medienbildung, Berufsorientierung, zusätzliche Demokratieerziehung, verstärkter Rechtschreibunterricht in allen Fächern usw. Aber nicht einmal die Hälfte der Lehrkräfte bekommt laut LaiW-Studie eine oder mehrere *Anrechnungsstunden* für besondere Aufgaben. Die entsprechenden Anrechnungen der Gymnasien wurden 2013/ 2014 um bis zu vierzig Prozent gekürzt. Diese Kürzung muss möglichst rasch rückgängig gemacht werden.

Außerdem muss das Prinzip der *Aufgabenneutralität* zukünftig beachtet werden: Es dürfen den Lehrkräften keine neuen Aufgaben ohne entsprechende zusätzliche Entlastung in Form von Anrechnungsstunden zugemutet werden.

4. Mehrarbeit von Lehrern muss anerkannt und angemessen bezahlt werden!

Ausgehend von der LaiW-Studie und unter Berücksichtigung von Rüstzeiten und Ferienarbeitszeiten (vgl. die niedersächsische Mußmann-Studie von 2016) geht der PhV BW davon aus, dass gymnasiale Lehrkräfte in Baden-Württemberg – auch ferienbereinigt – massiv unbezahlte Mehrarbeit leisten. Das ist durch nichts zu rechtfertigen und muss durch eine rasche und deutliche Absenkung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung korrigiert werden.

Darüber hinaus müssen Lehrkräfte wieder einen angemessenen Ausgleich für Vertretungsunterricht und Bereitschaftsstunden bekommen, am besten über echte Dienstbefreiung, zum Beispiel eine entsprechende Reduktion der Unterrichtsverpflichtung im Folgejahr.

Das bedeutet auch, dass ein finanzieller Ausgleich von Mehrarbeit nicht mehr über den viel zu geringen und seit zwanzig Jahren nicht mehr erhöhten Satz der 'Mehrarbeitsvergütung' geschehen darf, sondern dass Mehrarbeit besoldungsanteilig finanziell vergütet werden muss.

Zudem dürfen einzelne ausgefallene Stunden (aufgrund der Abwesenheit von Klassen) nicht mehr wie derzeit als 'Freizeitausgleich' mit zuvor geleisteter Mehrarbeit verrechnet werden. Der Ausfall einzelner Unterrichtsstunden im schulischen Arbeitsalltag kann mangels geeigneter Lehrerarbeitsplätze weder sinnvoll für Dienstgeschäfte noch für 'Freizeitausgleich' genutzt werden, denn geeignete Arbeits-, Erholungs- und Rückzugsmöglichkeiten stehen an den Schulen selten zur Verfügung.

Nicht zuletzt muss außerunterrichtliche Mehrarbeit (Schüleraustausche und Studienfahrten, Erstellung von Abituraufgaben, Begleitung von Schülerwettbewerben usw.) als Mehrarbeit anerkannt und finanziell oder durch ausgleichende Dienstbefreiung Berücksichtigung finden.

5. Zurück zum Kerngeschäft, dem Unterricht!

Der Unterricht in den Klassen ist mittlerweile vom Kerngeschäft zur 'Nebentätigkeit' der gymnasialen Lehrkräfte geworden: Er umfasst laut LaiW-Studie deutlich weniger als die Hälfte der gesamten Arbeitszeit. Die Lehrkräfte brauchen wieder mehr Konzentration auf den Unterricht, denn guter Unterricht ist die effektivste individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Der PhV BW fordert deshalb die *Rückkehr zum Kerngeschäft, dem Unterricht*.[2]

Zuallererst muss deshalb eine grundsätzliche *Aufgabenkritik* stattfinden: Welche Aufgaben müssen Lehrkräfte sinnvollerweise selbst wahrnehmen, welche können an Fachkräfte (Sozialarbeiter, Verwaltungsangestellte, IT-

Vorstellung der Ergebnisse der LAiW-Studie (Lehrerarbeit im Wandel) in Stuttgart

Am 9. März 2020 informierte der Philologenverband BW auf einer Landespressekonferenz über die Ergebnisse der bundesweit angelegten Studie für Baden-Württemberg.

Der Vorsitzende des PhV BW, Ralf Scholl, mit der stellvertretenden Vorsitzenden Karin Fetzner (links) und dem Referenten für Berufspolitik, Cord Santelmann (rechts), Vorsitzender des Bezirks Südwürttemberg.

Fachkräfte, Schulpsychologen, Bibliothekare, Betriebswirte …) delegiert werden?

6. Lehrkräfte brauchen bessere Arbeitsbedingungen in den Schulen!

Die mangelhafte räumliche und sächliche Ausstattung ihrer Schule empfinden laut LaiW-Studie sehr viele Kolleginnen und Kollegen als hohen Belastungsfaktor. Es muss deshalb dringend in die Sanierung und Modernisierung der Schulgebäude investiert werden, damit übermäßige Lärmbelastung und fehlende Möglichkeiten zur Regulierung von Raumtemperatur und Lüftung der Vergangenheit angehören. Es müssen ausreichend moderne Arbeitsplätze für Lehrkräfte eingerichtet werden, damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz endlich in den Schulen Einzug hält.

Dienstnotebooks bzw. -tablets für die Lehrkräfte müssen zur Selbstverständlichkeit werden. Es kann nicht angehen, dass Lehrkräfte sich die für Unterricht und Vorbereitung notwendigen Geräte selbst anschaffen müssen.

7. Lehrkräfte brauchen wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz!

Die Ergebnisse der LaiW-Gesundheitsstudie belegen äußerst dringenden *Handlungsbedarf im Arbeits- und Gesundheitsschutz*.

Es gibt große Risikogruppen unter den Befragten, die unter psychischen Belastungen, Burnout-Symptomen, problematischen Erholungswerten, einer übersteigerten Verausgabung und der Entgrenzung ihrer Arbeitszeit leiden.

»Wir müssen das Thema Lehrergesundheit auch im Südwesten in den Fokus der Öffentlichkeit rücken«, sagt Siegfried Euerle, Landeschef der DAK-Gesundheit für Baden-Württemberg. »Die Studie zeigt eindeutig, dass auch Lehrer dringend Unterstützung beim Gesundbleiben brauchen. Nur wenn sie selbst fit sind, können sie den Schülern einen gesunden Lebensstil vermitteln. Schule muss zu einem Ort der Gesundheit für beide werden.«

Bisher beschränkt sich der Arbeits- und Gesundheitsschutz im Schulbereich im Wesentlichen auf Angebote zur sogenannten 'Verhaltensprävention', d. h. auf Fortbildungsangebote und schulische Gesundheitstage, die ein gesundheitsförderliches Verhalten der Lehrkräfte bewirken sollen.

Die LaiW-Studie zeigt jedoch, dass Lehrkräfte ohnehin schon ein überdurchschnittlich positives Gesundheitsverhalten an den Tag legen, sodass die in der Studie festgestellten und im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung signifikant erhöhten gesundheitlichen Belastungen nur durch *Verhältnisprävention*, d. h. eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen, verringert werden können.

Daraus folgt: Die Rahmenbedingungen für die schulische Arbeit müssen vom Dienstherrn, der Landesregierung, verbessert werden. Dazu sind insbesondere eine Verringerung der Unterrichtsverpflichtung, kleinere Klassen und eine Reduktion bzw. Entlastung von Zusatzaufgaben vonnöten.

Dies bestätigen auch die Vorschläge der in der LaiW-Studie Befragten für *Maßnahmen zur Gesunderhaltung*. Am häufigsten werden von den Lehrkräften folgende Maßnahmen gefordert (Reihenfolge nach absteigender Häufigkeit der Nennung):

- Senkung der **Unterrichtsverpflichtung**
- Verringerung der **Klassenstärken**
- Verringerung der **Zusatzaufgaben**
- Verbesserung der organisatorischen **Rahmenbedingungen**
- Zeitausgleich oder finanzieller **Ausgleich für Mehraufwand**
- **mehr Erholungsphasen im Arbeitsalltag**
- Verbesserung der schulischen **Ausstattung**
- **Entlastung von fachfremden Aufgaben** durch Spezialisten
- Unterstützung durch die **Schulleitung**

Es handelt sich bei all diesen Punkten um überfällige Maßnahmen und langjährige Forderungen des PhV BW, die nun endlich von der Politik planvoll mit Sofortmaßnahmen und mittelfristigen Reformen angegangen werden müssen.

»Der PhV BW erwartet von der Landesregierung, dass die Befunde der LaiW-Studie und die vom PhV BW daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen und Forderungen ernst genommen werden. Der Verband ist bereit, gemeinsam mit der Politik an einer raschen und nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen gymnasialer Lehrkräfte zu arbeiten«, so der Landesvorsitzende des PhV BW, Ralf Scholl, abschließend.

'LaiW – Lehrerarbeit im Wandel' (Az. 1911/2020-08): Pressemitteilung des Philologenverbands Baden-Württemberg (PhV BW) vom 9. März 2020 zu den baden-württembergischen Ergebnissen der bundesweiten Studie

---

1 Die »DIW-Studie analysiert, wie sich die Klassengröße auf den Lernerfolg in Grundschulen auswirkt – Positiver Effekt einer reduzierten Klassengröße zeigt sich für große Klassen ab etwa zwanzig Schülerinnen und Schülern – Dort führen kleinere Klassen zu besseren Leistungen in Deutsch und Mathematik – Auch der Anteil der Klassenwiederholungen sinkt in kleineren Klassen«, siehe **https://www.diw.de/de/diw_01.c.584970.de/themen_nachrichten/kleinere_klassen_koennen_zu_besseren_leistungen_in_den_faechern_deutsch_und_mathematik_fuehren.html**, aufgerufen am 12. Februar 2020

2 Siehe hierzu auch den Beitrag des Bildungsforschers Prof. Ulrich Trautwein im SPIEGEL Nr. 44/2016: 'Abgelenkt vom Kerngeschäft. Der Bildungsforscher Ulrich Trautwein erklärt den Absturz Baden-Württembergs im Ländervergleich – zu viele Reformen erschweren guten Unterricht'. Siehe **https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/147594780** aufgerufen am 12. Februar 2020.

Ein Markenkern des Gymnasiums: Fachlichkeit und Leistung

Was das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) dazu beitragen kann

von **Dr. Günter Klein**
Präsident des IBBW (Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg)

Zu Recht legen die Gymnasien nicht nur in Baden-Württemberg großen Wert auf die Fachlichkeit des Unterrichts und betonen ihren hohen Leistungsanspruch.

Was die internationale Schulleistungsstudie PISA 2018 jüngst gezeigt hat, bestätigt sich konsistent auch im nationalen Bildungstrend 2018 des IQB: Es gibt Licht und Schatten. Den Gymnasien in Deutschland insgesamt wird ein hohes Leistungsniveau attestiert. Das gilt in gleicher Weise auch für Baden-Württemberg: Die Schülerinnen und Schüler an unseren Gymnasien haben etwa in Mathematik mit 585 Punkten, wenngleich auch mit deutlichem Abstand zu Bayern und Sachsen, stolze Werte erzielt. Erwartungsgemäß erreichen die hiesigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der neunten Jahrgangsstufe rund 82 Punkte mehr als ihre Altersgenossen über alle Schularten hinweg betrachtet.

Hinzu kommt, dass sich an den Gymnasien die Schülerschaft in den vergangenen Jahren deutlich verändert hat: etwa hinsichtlich des Übergangs nach der Grundschule oder den im Bundesvergleich größten Anstieg an Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund. Dessen ungeachtet gelingt es den Gymnasien im Land, eine nur geringe und im Vergleich zu 2012 in einzelnen Kompetenzbereichen noch geringere Leistungsstreuung zu erzielen. Dies alles ist neben anderem auf der 'Licht-Seite' zu verbuchen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich in Deutschland insgesamt, aber auch an den Gymnasien in Baden-Württemberg, in den Naturwissenschaften eine ungünstige Entwicklung vollzieht. Im Vergleich zum IQB-Bildungstrend 2012 (als ebenfalls Mathematik und die Naturwissenschaften im Mittelpunkt standen) fallen für Baden-Württemberg in einigen Teilbereichen auch signifikante Veränderungen auf: Biologie-Fachwissen minus 24 Punkte oder Chemie-Fachwissen minus 29 Punkte, um zwei markante Beispiele zu nennen. Diese Entwicklung spiegelt sich in den zurückgehenden Anteilen von Jugendlichen an Gymnasien wider, die in den Naturwissenschaften die Regelstandards erreichen oder übertreffen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Maßnahmen dazu beitragen können, diese ungünstigen Entwicklungstendenzen umzudrehen und den Markenkern der Gymnasien wieder deutlicher hervorzuheben. In diesem Kontext richtet sich der Blick auf die Qualität des Unterrichts und insbesondere auf Aspekte, welche sich positiv auf den fachlichen Lernzuwachs auswirken.

Es sind dies die inzwischen zunehmend ins pädagogische Bewusstsein gerückten Tiefenstrukturen des Unterrichts. Zahlreiche empirische Untersuchungen haben die Bedeutung und Wirksamkeit der kognitiven Aktivierung (nicht zu verwechseln mit einer äußeren Aktivität), der konstruktiven Unterstützung (dazu zählt etwa gezieltes Feedback während der Lernphasen) und nicht zuletzt der Klassenführung (erkennbar unter anderem an der für Lernaktivitäten genutzten Zeit 'time on task') für die fachlichen Lernprozesse belegt.

Nicht nur, aber ganz besonders für Gymnasien gilt es, die Tiefenstrukturen bei der Gestaltung von Unterricht zu berücksichtigen, wenn die Fachlichkeit und die individuellen fachbezogenen Lernprozesse gestärkt werden sollen. In der Reihe 'Wirksamer Unterricht', die noch vom früheren Landesinstitut für Schulentwicklung (LS) begonnen wurde und nun vom IBBW fortgeführt wird, werden die Tiefenstrukturen in kompakter Weise von renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern praxisbezogen erläutert. Ohne herausfordernden Leseaufwand bieten die einzelnen Bände auf wenigen Seiten fundierte Anregungen für die individuelle Reflexion oder auch für die kollegiale Auseinandersetzung mit leitenden Unterrichtsprinzipien.

Ein gemeinsames Projekt des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und IBBW nimmt ebenfalls die genannten Tiefenstrukturen in den Blick. Derzeit wird im Rahmen des Projekts 'Unterrichtsfeedbackbogen' ein Beobachtungsbogen auf wissenschaftlicher Grundlage entwickelt. Mittels einer überschaubaren, aber wissenschaftlich fundierten Auswahl an Items soll der Blick auf die Tiefenstrukturen des Unterrichts gerichtet werden. Ein Beobachtungsmanual erläutert zudem, welche lernpsychologischen Erkenntnisse hinter den Items stehen, warum diese wichtig sind und zudem, woran man die Ausprägung der einzelnen Items konkret im Unterricht erkennen kann. Die notwendige schulart- und fachspezifische Ausdifferenzierung wird anschließend auf der Ebene von Ankerbeispielen und didaktischen Unterrichtsvideos erläutert. Diese werden von Vertreterinnen und Vertretern der Fachdidaktik und Schulpraxis ausbuchstabiert.

Mit diesem Projekt wollen ZSL und IBBW eine Grundlage für ein gemeinsames Verständnis zentraler Aspekte von Unterrichtsqualität für das kollegiale Feedback, aber auch für die

Beratung im Rahmen der Aus- und Fortbildung schaffen. Damit würde Baden-Württemberg bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Der Bogen zielt ausschließlich auf Beratung und Feedback; er ist kein Beurteilungsinstrument. Denn unstrittig müssen bei der Beurteilung von Unterricht auch noch andere Aspekte berücksichtigt werden und in die Bewertung einfließen.

Wesentlich für die Wirksamkeit dieses Instrumentariums ist ein möglichst hohes Maß an Übereinstimmung in der Beobachtung des Unterrichts sowie der Fähigkeit, konstruktives und lernförderliches Feedback zu geben. Das ZSL wird daher eine Qualifizierung zum Umgang mit dem Bogen und dem Manual anbieten und diese als integralen Bestandteil der Aus- und Fortbildung verankern. Didaktische Unterrichtsvideos, die in Kooperation mit der Universität Tübingen entstehen, bilden den Kern der Qualifizierungen. In den Unterrichtssequenzen werden einzelne Aspekte des Feedbackbogens erkennbar, die für Trainingszwecke genutzt werden können. Eine große Kohärenz in der Wahrnehmung und Einschätzung von Unterricht wird – davon ist auszugehen – einen positiven Effekt auf die Unterrichtsqualität erzielen.

Evidenzorientierung, das heißt die Frage nach der Wirksamkeit, soll künftig auch auf Schulebene stärker in den Blick rücken. Der Begriff einer 'Kultur des Hinschauens' bringt diesen Gedanken auf den Punkt. Das IBBW entwickelt derzeit das schulbezogene Datenblatt, das eine kompakte Zusammenstellung von aussagekräftigen und weitgehend bereits vorhandenen Daten der einzelnen Schule enthält. Das Datenblatt wird einerseits ausgewählte Ergebnisse der schulischen Arbeit einbeziehen: Zentrale Prüfungen, Lernstandserhebungen oder etwa Abbrecher- und Wiederholerquoten.

Andererseits wäre ein Datenblatt unvollständig und wenig hilfreich, wenn es neben den Ergebnisqualitäten nicht auch die spezifischen Rahmenbedingungen der einzelnen Schule beschreiben würde. Zu denken ist unter anderem an die Zügigkeit, das spezifische Profil der Schule, die Zahl der Lehrkräfte, die Unterrichtsversorgung, den Unterrichtsausfall sowie vor allem an schülerbezogene Merkmale wie etwa Zuwanderungshintergrund oder Lernvoraussetzungen. Auch hier sind die schulartspezifischen Besonderheiten zu berücksichtigen.

Und ein weiterer Bereich gehört ebenfalls zwingend in das Datenblatt: Informationen über die Prozessqualitäten von Schule und Unterricht, die anhand ausgewählter Kriterien verdeutlichen, wie die Schule arbeitet und was den Unterricht in wesentlichen Merkmalen kennzeichnet. Beim Blick auf den Unterricht geht es insbesondere um die fachliche Qualität. Prozessqualitäten lassen sich mit Hilfe standardisierter Instrumente im Zuge von Evaluation ermitteln.

Die derzeitigen Überlegungen zur Entwicklung einer neuen Konzeption der Evaluation an den Schulen des Landes gehen in Richtung eines deutlichen Vorrangs der internen Evaluation. Dazu sollen den Schulen geeignete und an wissenschaftlichen Standards orientierte Instrumente zentral und digital zur Verfügung gestellt werden. Ein Blick von außen im Sinne einer fokussierten externen Evaluation soll dann ergänzend hinzukommen, sofern Bedarf an einer zusätzlichen unabhängigen Betrachtung bestimmter Fragestellungen besteht.

Die im Datenblatt dokumentierten Daten liefern Anhaltspunkte und sind 'Aufmerksamkeitslenker', um die Wirksamkeit pädagogischer, organisatorischer und struktureller Entscheidungen auf der Ebene der einzelnen Schule transparent und verlässlich einschätzen zu können. Das Datenblatt macht Stärken und positive Entwicklungen nachvollziehbar; es zeigt zugleich auch ungünstige Ergebnisse auf bzw. macht sichtbar, wenn getroffene Maßnahmen sich als nicht zielführend und wirksam herausstellen sollten. Referenzwerte tragen zusätzlich dazu bei, die bislang praktizierten Konzepte, Strukturen und Prozesse an der Schule kritisch zu reflektieren und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit – wo immer es angeraten erscheint – gezielt weiterzuentwickeln

Mit anderen Worten: Das IBBW versteht sich als Dienstleister, der durch das Bereitstellen von geeigneten Instrumenten, Verfahren und verlässlichen Daten die Qualitätsentwicklung vor Ort unterstützt.

>> Michael Siefert, Ralf Scholl, Cord Santelmann, Karin Fetzner, Dr. Günter Klein und Enver Groß *(v.l.n.r.)*

Treffen mit dem Präsidenten des IBBW

Der Philologenverband BW traf sich am 17. Januar 2020 mit dem Präsidenten des IBBW (Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg), Dr. Günter Klein, sowie seinem Stellvertreter Michael Siefert zu einem konstruktiven und informativen Austausch über die Aufgaben und Zielsetzungen des IBBW.

JuPhi-Bewerbertraining in Nordbaden

Der PhV war Anfang Februar zu Gast in den Räumen der BBBank in Karlsruhe. Dort fand mit der Referentin Carmen Reuter zum wiederholten Male ein spannender Nachmittag statt, bei dem sich Referendare auf die kommenden Vorstellungsrunden an den Schulen vorbereiten konnten.

Nach der Begrüßung durch Petra Hasebrink, Landesdirektorin des öffentlichen Dienstes bei der BBBank, leitete die Landesvorsitzende der Jungen Philologen, Martina Scherer, in das Thema des Nachmittags ein: »Wie bewerbe ich mich richtig?« Dazu versorgte sie die Anwesenden mit allgemeinen Hinweisen zur Einstellungssituation, zu aktuellen Terminfristen und mit Informationen zu den Einstellungsrunden.

Von Carmen Reuter, die als Speaker, Coach und Trainerin in Karlsruhe arbeitet, lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Strategien für das 'Selbstmarketing' kennen. Sie bekamen die Aufgabe, sich mit Hilfe eines Bildes als Einstieg bestmöglich für die Schule bzw. für die eigenen Fächer vorzustellen. Danach ging es in die Analyse und in die Reflexion. Denn nur durch das eigene Tun und den gemeinsamen Austausch darüber kann man sich selbst mit allen Stärken und Schwächen kennenlernen. Eine zentrale Frage des Nachmittags war die Folgende: »Was bringe ich für genau diese Schule mit?« Damit sollte sich vor einem Bewerbergespräch jeder intensiv beschäftigt haben.

Mit einigen Übungen aus der Embodiment-Technik erfuhren die angehenden Lehrkräfte, wie die Haltung des Körpers und die daraus resultierenden bewussten und unbewussten Signale auf ein Gegenüber Einfluss ausüben. Ebenso können diese kleinen Übungen bei der Bewältigung von anstrengenden, angespannten oder stressigen Situationen helfen, die man in unterschiedlichsten Zusammenhängen erleben kann. Auch mit Schülern können diese Techniken eingesetzt werden, um das Selbstbewusstsein zu fördern.

Nach einer kleinen Stärkung zwischendurch konnte es dann in die Simulationen gehen. Hier wurde in Kleingruppen die Anfangssequenz des Bewerbergesprächs nachgestellt. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, alle Perspektiven einer solchen Situation zu erleben und auszuprobieren: die Seite der Schulleitung, die die Bewerber auf Herz und Nieren testet, ebenso wie die Seite der Stellensuchenden, die unter allen Umständen einen Job haben möchten. Dabei wurde deutlich, wie stark Selbstvertrauen oder Selbstzweifel in dieser Bewerbungssituation durchscheinen und wie wichtig es ist, seine Worte genau abzuwägen. Auch die Seite des neutralen Beobachters war für alle eine gewinnbringende Erfahrung beim Versuch, das Verhalten der anderen zu analysieren. In dieser Arbeitsphase begleiteten Carmen Reuter und Martina Scherer abwechselnd und standen beratend zur Seite.

Die JuPhi wünschen allen Referendarinnen und Referendaren viel Erfolg und drücken die Daumen bei der Stellensuche.

Martina Scherer

>> **Carmen Reuter, Petra Hasebrink, Martina Scherer** *(v.l.n.r.)*

Foto: Martina Scherer

Klausurtagung

Zur jährlichen Klausurtagung trafen sich 22 Mitglieder des erweiterten Landesvorstands und der Bezirksvorstände am 14. und 15. Februar in Hayna.

Am Freitagnachmittag standen zunächst Informationen und Diskussionen über den Entwicklungsstand der neuen Webseite des PhV BW auf der Tagesordnung. Die bereits fertiggestellten neuen Seiten wurden durchgesehen, die Bilder und Texte diskutiert. Fehlende Texte wurden dann in Gruppen entwickelt und formuliert, anschließend im Plenum vorgestellt und teilweise noch weiter optimiert.

Danach gab es für die Teilnehmer erste Einblicke in die lange erwarteten Ergebnisse der Studie zur Lehrerarbeitszeit im Wandel (LaiW), die in fast zweijähriger Arbeit von der Uni Rostock ausgewertet wurde und deren Deutschland-Ergebnisse inzwischen am 9. März in Berlin vom DPhV vorgestellt wurden, ebenso wie zum selben Zeitpunkt die baden-württembergischen Ergebnisse vom Philologenverband Baden-Württemberg in einer Landespressekonferenz in Stuttgart.

Nach dem gemeinsamen Abendessen folgten angeregte Diskussionen und Gespräche bis tief in die Nacht.

Der nächste Morgen begann für einige mit frühsportlichen Unternehmungen und für alle mit einem ausgiebigen Frühstück, bevor in drei Arbeitsgruppen an folgenden Themen weitergearbeitet wurde:

- Abitur und Korrekturzeiten: Wie können die korrigierenden Lehrer mehr Korrekturzeit erhalten, ohne die Qualität der Korrektur zu vermindern? *(Leitung: Bernd Saur)*.
- LaiW-Studie, Schwerpunktsetzung und Vorbereitung der Landespressekonferenz unter Leitung und auf der Basis eines Entwurfs von unserem berufspolitischen Referenten *Cord Santelmann*.
- Ideen für einen PhV-Wettbewerb einschließlich der möglichen bzw. notwendigen Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern *(JuPhi unter Leitung von Martina Scherer)*.

Zu allen drei Themen wurde intensiv diskutiert, wurden Vorschläge in Betracht gezogen, verworfen und verbesserte Vorschläge entwickelt. Abschließend wurden die erarbeiteten Ergebnisse im Plenum vorgestellt und nochmals besprochen.

Beim Abschluss der Tagung waren sich alle Teilnehmer einig: Das war eine sehr fruchtbare Veranstaltung! Durch die intensive Teamarbeit sind wir enger zusammengerückt, und die entwickelten Ideen werden noch in diesem Jahr zum Tragen kommen.

Karin Fetzner

>> Konrad Oberdörfer erläutert, was es bedeutet, einen Fall 'in die Stufe' zu geben

Profund den Start in die örtliche Personalratsarbeit flankiert

Personalräteschulung des Philologenverbands Südbaden vom 20. bis 22. November sowie vom 4. bis 6. Dezember 2019 in Müllheim, Hotel 'Alte Post'

Die Personalratswahlen für die gymnasialen Gremien verliefen im Jahr 2019 nicht nur im Land, sondern auch im Bezirk Südbaden sehr erfolgreich für den Philologenverband und führten in fast allen Räten zu einer Zweidrittelmehrheit.

Daher war es für den PhV Südbaden eine besondere Verpflichtung, die neuen Örtlichen Personalräte mit fundierten Informationen aus erster Hand zu versorgen und so den Start in die Personalratsarbeit an der heimischen Schule zu erleichtern.

Aufgrund der überwältigenden Anmeldezahl zur Schulung war es dieses Mal sogar nötig, zwei Termine anzubieten. Beim ersten Termin reichte selbst die Zimmerkapazität in der Unterkunft nicht aus, so dass noch Ausweichquartiere im Ort in Anspruch genommen werden mussten. Vor allem neu gewählte Personalräte, darunter viele jüngere Kolleginnen und Kollegen, nahmen das Angebot wahr, in Form eines Husarenritts durch zweieinhalb Tage 'Druckbetankung' mit den wichtigsten Informationen zur Arbeit vor Ort versorgt zu werden.

>> Dr. Verena Peters informiert zum Thema Schwerbehinderung

Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand, die Vorsitzenden des PhV Südbaden, hatten wie gewohnt die Tagung professionell vorbereitet. Bei der Durchführung wurden sie von weiteren Mitgliedern des Philologenverbandes im Bezirks- und Hauptpersonalrat unterstützt. Neben Konrad Oberdörfer vom HPR referierten als BPR-Mitglieder Stephanie Gutgsell, Gabrielle Müller-Blechschmidt, Martin Stroh und Christine Waibel. Aufgrund einer Erkrankung konnte BPR-Mitglied Rüdiger Klatt leider nicht anwesend sein.

Mit etwa drei Stunden Dauer war gleich zu Beginn die Einführung in das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) durch Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand der umfangreichste Programmpunkt der Schulung. Es galt ein Gespür dafür zu entwickeln, in welchen Fragen der Personalrat mitbestimmt, nur mitwirkt oder gar nur gehört wird. Wie man sich leicht vorstellen kann, sind hierbei die Grenzen immer wieder fließend, so dass das interessierte Publikum gleich zu Beginn mit nachfragenden und >>

weiterführenden Redebeiträgen sowie Beispielen aus der bisherigen eigenen Arbeit zeigen konnte, welches hohe Interesse und welche Motivation im Plenum vorhanden waren. Diese präsent nachfragende Grundhaltung ließ sich bei beiden Schulungsterminen wahrnehmen und sorgte für eine lebendige Tagungsatmosphäre. Sogar während der Mahlzeiten wurde weiterdiskutiert und auf der Basis eigener Erfahrungen Fragestellungen vertieft.

Weitere Schwerpunkte der Schulung waren Dienstrechtsfragen – Verbeamtung und Probezeit, dienstliche Beurteilung – sowie Fragen der Beförderung.

Als externe Gäste konnten erfreulicherweise begrüßt werden Thomas Hecht, Schulpräsident am RP Freiburg, der äußerst erfrischend zur Arbeit eines Schulpräsidenten am Regierungspräsidium referierte, sowie Regierungsschuldirektor Siegfried Binninger, Personalreferent am RP, der mit sehr viel Witz und hintergründigem Humor 'Alles rund um Einstellung und Versetzung' thematisierte und anschließend bereitwillig für die gemeinsame Aussprache zur Verfügung stand.

Von Seiten des PhV-Landesverbands behandelte der Landesvorsitzende Ralf Scholl Fragen zum bundesweiten Abitur sowie zum Dauerbrenner G8/G9.

Jörg Sobora, Vorsitzender des Hauptpersonalrats Gymnasien in Stuttgart, referierte zu aktuellen Themen aus dem Hauptpersonalrat und stellte eindrucksvoll den schwierigen Prozess einer Kompromissfindung in nicht wenigen Fragen, die mit dem Kultusministerium behandelt werden, dar. Konrad Oberdörfer, Mitglied im HPR aus dem Bezirk Südbaden, thematisierte sehr anschaulich anhand konkreter Beispiele die Zusammenarbeit der drei Personalratsebenen ÖPR, BPR und HPR und erläuterte ausführlich, was es bedeutet, eine Angelegenheit 'in die Stufe' zu geben.

Als sehr angenehm wurde seitens aller Teilnehmer empfunden, dass die Referenten Zeit mitbrachten und in Gesprächen beim Kaffee oder bei den Mahlzeiten Gelegenheit bestand, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Einen wichtigen Informationsbeitrag leistete die Bezirksvertrauensperson der schwerbehinderten Lehrkräfte an allgemeinbildenden Gymnasien, Dr. Verena Peters. Sie bot grundlegende Informationen über den Begriff der Behinderung und mit dem Bereich der Schwerbehindertenvertretung verbundene Themen – von alltäglichen Hürden im Schulleben, alternativem Einsatz bis hin zur Inklusionsvereinbarung auf örtlicher und bezirklicher Ebene.

Zu Fragen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen referierte aus dem BPR Freiburg Gabriele Müller-Blechschmidt, die die wesentlichen Unterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften aufzeigte und auf deren unterschiedliche Stellung im Schulleben verwies, nicht ohne die Örtlichen Personalräte aufzufordern, im Alltag genau hinzuschauen, um die vorhandenen Nachteile des Arbeitnehmerverhältnisses gegebenenfalls etwas abmildern zu können.

Im Bereich der Diskussionsrunden, die auf Fragen der Teilnehmer beruhten, drehte sich vieles um die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Teilzeittätigkeit, Elternzeit und Elterngeld sowie um die Regularien zum Sabbatjahr.

>> Joachim Schröder, Vorsitzender des PHV Südbaden

Insgesamt gesehen war das Programm sehr dicht und es blieb kaum freie Zeit. Umso wichtiger waren das angenehme Ambiente und die kulinarische Qualität im Hotel 'Alte Post', aber auch die verbliebenen Möglichkeiten zu Gesprächen in gemütlicher und fast schon familiärer Runde an den Abenden. Bei beiden Terminen gab es zudem an den Abenden die Möglichkeit, an einer mit qualifizierten Erläuterungen durch den Sommelier des Hauses begleiteten Weinprobe teilzunehmen. So konnte manch guter Tropfen entdeckt und Lust auf die Region rund um Müllheim gemacht werden.

Die Reaktionen der Teilnehmer bei der Verabschiedung bestätigten den hohen Informationsgehalt der Tagung und die gute und lockere Atmosphäre der zweieinhalb Tage 'Intensivkurs'. Die Ankündigung einer fortführenden eintägigen Personalrätekonferenz in Saig Mitte März 2020 wurde mit sehr viel Zustimmung und Interesse aufgenommen.

Martin Stroh, Villingen-Schwenningen

>> RSD Siegfried Binninger referiert zum Thema Personalmanagement

>> Konrad Oberdörfer, Claudia Hildenbrand und Christine Waibel in offener Fragerunde

Neue 'Unterrichtsmaterialien Papier' befähigen Schülerinnen und Schüler zu wirkungsvollem Wald-, Arten- und Klimaschutz

von **Evelyn Schönheit**
Dipl. Umweltwissenschaftlerin,
Papier & Ökologie e.V.

Papier & Ökologie e.V. und die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung ANU NRW e.V. haben kostenfreie 'Unterrichtsmaterialien Papier – von Natur bis Kultur' erstellt für Lehrkräfte aller Schulformen, von der Grundschule bis zur Oberstufe, sowie für Multiplikatoren außerschulischer Lernorte.

Das facettenreiche BNE-Thema bietet zahlreiche Bezüge zu den Lehrplänen und eine Fülle von Anknüpfungspunkten und Bearbeitungsmöglichkeiten sowohl für verschiedenste Schulfächer als auch den fachübergreifenden Unterricht. Denn Papier ist ein ideales Praxisfeld für die Bereiche Klima-, Natur- und Ressourcenschutz, für Materialkunde, ökologisches Konsumverhalten, globale Probleme mit Rückbezug auf die eigene Lebenswirklichkeit, weltweite soziale Ungleichheiten und Raumnutzungskonkurrenz sowie internationale wirtschaftliche Verflechtungen.

Die neue digitale Handreichung als interaktives PDF gliedert sich in neun Bausteine, die unterschiedlichste Aspekte 'von Natur bis Kultur' behandeln – mit Ablaufvorschlägen, didaktischen Hinweisen, Arbeitsblättern, Folienvorlagen und Sachinformationen für den fachlichen Hintergrund. Die Inhalte lassen sich je nach Schwerpunktsetzung wie im Baukastensystem einzeln oder kombiniert bearbeiten, bis hin zu Projekttagen und ganzen Projektwochen. Auf dieser Basis können Lehrkräfte ohne viel Vorbereitungszeit ihren Schülerinnen und Schülern die ökologischen und sozialen Folgen, die mit dem Alltagsprodukt Papier verbunden sind, anschaulich und praxisnah vermitteln und sie zu eigenem Handeln befähigen und motivieren.

»Derzeit spielt das Thema 'Papier und Ökologie' kaum eine Rolle an Schulen, obwohl es, neben biologischen und kulturgeschichtlichen Inhalten, sehr viele Aspekte bietet, um unsere Konsumgüter beispielhaft zu beleuchten«, betont Mitautorin Barbara Maué, Lehrerin (Sekundarstufe I/II), Biologin und Referentin für Kindheitspädagogik. Besonders wichtig ist ihr, dass die Arbeit in konkrete Handlungsalternativen mündet, die auf Basis der erarbeiteten Kenntnisse von den Schülerinnen und Schülern selbst kurzfristig umgesetzt werden können. Dabei lassen sich unterschiedliche Aktionselemente miteinander verknüpfen, zum Beispiel Initiativen zum Papiersparen, ein buntes Willkommenspaket mit Recyclingpapier-Produkten für die Schulanfänger oder Schreiben an Unternehmen, um diese zum bewussten Umgang mit Papier aufzufordern. So erfahren die Schülerinnen und Schüler eigene Wirksamkeit, woraus eine hohe Motivation resultiert, die im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung auch auf andere Bereiche positive Effekte haben kann.

Papier & Ökologie e.V. führte während der Projektlaufzeit von Juni 2018 bis Dezember 2019 fast dreißig flankierende Lehrerfortbildungen in ganz Deutschland durch, unter anderem in Freiburg. Dieses Angebot wird fortgesetzt, um das Thema Papier künftig stärker im Unterricht zu verankern. Denn es ist ein entscheidender Hebel, um den Druck auf den Wald zu verringern, Tier- und Pflanzenarten zu schützen und der Klimakrise entgegenzutreten. Mit einem rechnerischen Pro-Kopf-Verbrauch von rund 250 Kilo liegt Deutschland an dritter Stelle weltweit, mehr als achtzig Prozent des dafür genutzten Holzes stammen aus Importen. Entsprechend sind wir mitverantwortlich für ökologische und soziale Negativfolgen vor allem in Ländern des globalen Südens. Deshalb sind ein deutlich verringerter Papierverbrauch und die Stärkung der Nachfrage nach Recyclingpapieren mit Blauem Engel Kernziele von Papier & Ökologie e.V. Durch breite Information vermittelt der Verein Verbrauchern und Multiplikatoren, wie Wald-, Arten- und Klimaschutz beim täglichen Umgang mit Papier gelingen.

Die 'Unterrichtsmaterialien Papier' sind auf den Internetseiten www.foep.info/Veröffentlichungen abrufbar.

Thema aktuell

heute: CDU

Relevanz der Grundschulempfehlung

von **Karl-Wilhelm Röhm, MdL**

Die ersatzlose Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, ohne Einführung eines adäquaten Beratungssystems und Verankerung eines qualifizierten Informationsdialogs zwischen Grundschule und weiterführender Schule, war ein Fehler.

Diese Entscheidung führte zu mehr fehlbeschulten Kindern, mehr Sitzenbleibern, Abschulungen, frustrierten Schülern sowie Lehrkräften, die an sich zweifelten, weil sie der Heterogenität der Schülerschaft vor allem in den Eingangsklassen nicht gerecht werden konnten.

Die beschlossene Wiedervorlage der Grundschulempfehlung und die Einführung eines Beratungsgesprächs bei abweichender Schulwahl der Eltern war ein erster, wichtiger Schritt der Grün-Schwarzen Landesregierung, dieser Fehlentscheidung entgegenzutreten.

Die Grundschulempfehlung beruht auf einer von den Grundschullehrkräften verantwortungsvoll erstellten pädagogischen Gesamtwürdigung eines Kindes und darf nicht unbeachtet bleiben.

Die Mehrheit der Eltern entscheidet verantwortungsvoll und wählt den richtigen Weg für ihre Kinder. Es gibt aber weiterhin Eltern, die ihre Kinder bewusst aus falschem Ehrgeiz heraus oder aus anderen nicht bildungsrelevanten Motiven fehlbeschulen.

Die Statistiken des StaLa BW zu den Übergängen von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen zeigen dies:

- Im Schuljahr 2019/2020 hatten die Gymnasiasten der Eingangsklasse 5 folgende Grundschulempfehlung: 88,8 Prozent für das Gymnasium, 10,1 Prozent für die Realschule und 1,1 Prozent für die Hauptschule.
- Im Schuljahr 2011/2012 mit verbindlicher Grundschulempfehlung waren die Gymnasiasten noch wie folgt empfohlen: 99,2 Prozent für das Gymnasium, 0,8 Prozent für die Realschule und 0 Prozent für die Hauptschule.

Die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung wird erneut kontrovers diskutiert und polarisiert. Das verdeutlichte auch die Landtagsdebatte am 4. März 2020.

Im Sinne einer bruchfreien Bildungsbiographie sollte das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen, wobei es um dessen kontinuierliche Begleitung und konsequente Förderung geht.

Entgegen der nicht zutreffenden Annahme vieler Eltern ist die Grundschulempfehlung in einem differenzierten, durchlässigen Schulsystem keine finale Entscheidung über Schulabschluss und Beruf. Sie gibt aber wertvolle Hinweise auf eine zielführende Förderung des Schülers.

Um der von den Grundschullehrern empfohlenen Grundschulempfehlung größeres Gewicht in der Entscheidung der Eltern zu verleihen, plädiere ich für einen zweiten notwendigen Schritt.

Ein System an altersgerechten, wissenschaftlich entwickelten Lernstandserhebungen, die sich am Bildungsplan von Baden-Württemberg orientieren, ermöglichte eine objektive Grundlage für Beratungsgespräche mit den Eltern.

Ein wesentlicher Bestandteil sind zentrale Klassenarbeiten in den Klassen 2 und 4 in der Grundschule. In der Sekundarstufe I müssen der Lernstand 5 um den Aspekt Orthografie erweitert und Jahrgangsstufenarbeiten in der Unter- und Mittelstufe eingeführt werden.

In Klasse 4 plädiere ich zeitnah zur Halbjahresinformation für benotete Orientierungsarbeiten in Deutsch und Mathematik, welche in die Grundschulempfehlung eingehen, um den Lernstand der Schüler im Vorfeld der Grundschulempfehlung nach landeseinheitlichem Maßstab zu erfassen.

Die Orientierungsarbeiten ersetzen mit Blick auf den Arbeitsaufwand der Lehrkräfte je eine Klassenarbeit. Die erzielten Noten werden zusätzlich in der Grundschulempfehlung ausgewiesen und gehen der weiterführenden Schule zu, damit jeder Schüler von Beginn an begabungsgerecht gefördert werden kann.

Die Erkenntnisse über den diagnostizierten Lernstand und die Schulwahl der Eltern sind meines Erachtens abzuwarten und auszuwerten, bevor über eine Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung nachgedacht wird.

Im Kontext der derzeitigen Diskussion ist zu betonen, dass sich die angehörten Verbände der Gymnasien und Realschulen für die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung aussprechen. Diese ist jedoch mit dem Koalitionspartner nicht konsensfähig.

Der IQB-Bildungstrend 2018 signalisiert eindeutig, dass es einer Niveausicherung an den Gymnasien und einer generell breiteren Leistungsspitze in Baden-Württemberg bedarf. Im Fokus steht die Förderung von lern- und leistungsaffinen Schülern.

An den Gymnasien sollte – das sage ich auch als ehemaliger Schulleiter – bereits in der Unterstufe eine passende Bildungsempfehlung für überforderte, versetzungsgefährdete Schüler ausgesprochen werden, unabhängig von eventuellen Aspekten wie zum Beispiel dem Klassenteiler.

Im Fazit: Einerseits ist eine höhere Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung notwendig und andererseits eine Profilschärfung der weiterführenden Schularten mit klarer Abgrenzung dieser Schularten untereinander.

Das Abitur und der Realschulabschluss in Baden-Württemberg müssen weiterhin für Qualität stehen und dürfen aufgrund einer heterogenen Schülerschaft nicht verwässert werden.

Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim KM + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim KM

Jörg Sobora Vorsitzender	**Ursula Kampf** Vorstandsmitglied Arbeitnehmervertreterin	**Ralf Scholl** Vorstandsmitglied	**Karin Fetzner**	**Martin Brenner**	**Claudia Hildenbrand**
Cord Santelmann	**Christian Unger**	**Björn Sieper**	**Stefanie Wölz**	**Konrad Oberdörfer**	**Andrea Pilz**

Beschlussverfahren zum Thema der Erweiterung der Erhebung der Unterrichtssituation (USO)

Da der Hauptpersonalrat Gymnasien bei der Erhebung mit dem erweiterten Abfrageschema nicht beteiligt wurde, hat er beschlossen, ein Beschlussverfahren anzustrengen, bei dem geklärt werden soll, ob der HPR Gymnasien in der Mitbestimmung ist. Der HPR Gymnasien sieht sich in der Mitbestimmung, weil er eine Hebung der Arbeitsleistung derjenigen sieht, die diese Statistik an den Schulen erheben müssen. Außerdem sieht er sich in der Beteiligung, weil das Handlungskonzept des Kultusministeriums als Verhaltens- und Leistungskontrolle der Schulleitungen angesehen wird.

Das Kultusministerium hat diejenigen Gymnasien, welche mehrmals das 1,5-fache des Landesdurchschnitts an Unterrichtsausfall überschritten haben, kontaktiert und um Erklärungen gebeten. Die Schulen müssen in Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung Vorschläge machen, wie sie den Unterrichtsausfall verringern können.

Der Hauptpersonalrat Gymnasien hat davor gewarnt, zu sehr auf Ausfallstatistiken fixiert zu sein. Es kann auch nicht sein, dass Potemkinsche Dörfer produziert werden, indem in den Abfragewochen kaum Lehrkräfte zu Fortbildungen gelassen werden und Stunden vertreten werden, die in normalen Wochen ausfallen würden. Der HPR Gymnasien hat die geplante Erhöhung der Krankheitsreserve um rund neunzig Deputate für den gymnasialen Bereich begrüßt und hofft, dass damit die Mehrarbeit, die gymnasiale Lehrkräfte im Vertretungsbereich leisten müssen, reduziert werden kann.

Information für langjährig befristet beschäftigte Lehrkräfte

Erstmals besteht für Nichterfüller (Personen ohne anerkannte Lehramtsbefähigung) die Möglichkeit, dauerhaft in den Landesdienst eingestellt zu werden. Diese Möglichkeit ist hauptsächlich für die SBBZ gedacht. Im gymnasialen Bereich sind es hauptsächlich die Fächer Sport, Musik und Bildende Kunst, um die es sich handelt.

Voraussetzungen für eine dauerhafte Einstellung sind folgende:

- Die Person ist aktuell befristet im öffentlichen Schuldienst als Lehrkraft beschäftigt.
- Die Person ist langjährig (Mindestbeschäftigungsdauer 4 Schuljahre bzw. 42 Monate) und erfolgreich als Vertretung tätig.
- Die Person hat sehr gute bis gute Beurteilungen durch die Schule wie auch durch die Schulverwaltung.
- Es gibt einen unabweisbaren und nicht anders zu deckenden dauerhaften Bedarf.

Die Anträge konnten bis zum 31. März 2020 über das Vertretungsportal (VPO) online gestellt werden. Die Stellenzahl ist begrenzt. Bei erfolgreicher Bewerbung erfolgt eine Entfristung des befristeten Vertrags unmittelbar im Anschluss an das Enddatum des Vertrags, das heißt, die Sommerferien werden bezahlt.

Beschlussverfahren zum Thema der Festlegung der Abiturkorrekturzeiten und Abiturumschlagtermine

Leider gibt es hinsichtlich dieses Themas immer noch keine Neuigkeiten. Der Antrag zum Beschlussverfahren liegt seit Monaten beim Verwaltungsgericht Stuttgart. Das Kultusministerium hat seine Stellungnahme ebenfalls vor längerer Zeit abgegeben. Der Hauptpersonalrat Gymnasien hat das Kultusministerium deshalb aufgefordert, den Lehrkräften eine qualitätsvolle, ordnungsgemäße, effektive und gerechte Korrektur zu gewährleisten, die nicht zu Lasten der Gesundheit der Lehrkräfte geht.

Der HPR Gymnasien hat zahlreiche Protestschreiben von Fachschaften und Örtlichen Personalräten zum Thema bekommen. Der HPR Gymnasien ist der Meinung, dass das Kultusministerium seiner Fürsorgepflicht und Verantwortung nachkommen muss, da auf Grund der zentral festgelegten KMK-Prüfungstermine in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch eine extrem verkürzte Korrekturzeit vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik bei der Erstkorrektur zu verzeichnen ist. Abitur sollte Vorrang vor allen anderen Dienstgeschäften haben.

Das Kultusministerium überlässt das Management hinsichtlich der Korrekturtage den Schulen, empfiehlt aber die Festlegung von zwei zentralen Korrekturtagen. Der HPR Gymnasien möchte daran erinnern, dass dies lediglich eine Empfehlung darstellt, die die Schulen nicht befolgen müssen.

Der HPR Gymnasien findet die Festlegung von zentralen Korrekturtagen nicht zweckdienlich, da dies eine Benachteiligung von Teilzeitlehrkräften darstellen kann. Lehrkräfte sollten selbst frei über die ihnen zustehenden Korrekturtage verfügen können. Am sinnvollsten wäre es, wenn sich das Kollegium und die Schulleitung auf eine für die Mehrheit der Lehrkräfte akzeptable Regelung hinsichtlich der Verteilung der Korrekturzeit einigen. Die maximal mögliche Korrekturzeit sollte auch ausgeschöpft werden können.

Beschlussverfahren ’Änderung der Distribution der Abituraufgaben’

Nachdem der Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz, den der HPR Gymnasien bei Bekanntwerden der Änderung des Verfahrens im März 2019 gestellt hatte, auf Grund der Überlastung des Verwaltungsgerichts Stuttgart gegenstandslos geworden war, hat der HPR Gymnasien nun ein Hauptsacheverfahren auf den Weg gebracht, da er nach wie vor der Meinung ist, dass er bei dieser Änderung des Verfahrens um seine Zustimmung hätte gefragt werden müssen. Der HPR Gymnasien sieht das im Jahr 2020 erneut geänderte Verfahren (digitaler Download der Aufgaben in den KMK-Fächern) als eine Hebung der Arbeitsleistung derjenigen Schulleitungen bzw. Lehrkräfte an, die am Prüfungsmorgen die Aufgaben entschlüsseln, ausdrucken, vervielfältigen, ordnen und zusammenstellen müssen. Wann dieser Antrag des HPR Gymnasien letztlich vom Verwaltungsgericht Stuttgart verhandelt wird, ist im Moment völlig ungewiss.

In eigener Sache

Wahl des HPR Gymnasien vom VG Stuttgart in erster Instanz für ungültig erklärt worden

Die Wahl zum Hauptpersonalrat Gymnasien, die im Mai 2019 stattfand, ist vom Verwaltungsgericht für ungültig erklärt worden, weil es den auf dem Stimmzettel vorhandenen Hinweis, dass zwölf Sitze im Gremium auf Frauen und sieben Sitze auf Männer entfallen sollen, in der vorhandenen Form und an dem vorhandenen Ort als unzulässige Wählerbeeinflussung und Einschränkung des Grundsatzes der freien Wahl angesehen hat. Der HPR Gymnasien hat gegen das Urteil Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim eingelegt und hofft, dass das Urteil nicht Bestand haben wird, da bei Rechtskraft des Urteils eine Wiederholungswahl notwendig wird und ein aus drei Personen bestehender Wahlvorstand diese Wiederholungswahl organisieren und die Geschäfte des HPR Gymnasien bis zur Konstituierung des neuen HPR führen müsste. Dies würde bedeuten, dass die gymnasialen Lehrkräfte für mehrere Monate eine sehr eingeschränkte Hauptpersonalvertretung hätten.

Erstattung von Reisekosten

bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen und schulischen Austauschen

Das Kultusministerium überarbeitet gerade die Verwaltungsvorschrift ’Außerunterrichtliche Veranstaltungen’, in der auch die Erstattung von Reisekosten von Lehrkräften für dienstlich veranlasste Reisen geregelt sein wird.

Leider lässt sich das Kultusministerium bei der Überarbeitung sehr viel Zeit. Ursprünglich war der Beginn der Anhörung für Januar/Februar 2020 angekündigt worden. Zwischenzeitlich wurde vom Kultusministerium bestätigt, dass bei nicht vollständiger Erstattung von Übernachtungskosten (auf Grund der noch gültigen Rechtslage) und eingelegtem Widerspruch der Lehrkraft gegen einen Bescheid des LBV ein Ruhen des Verfahrens erfolgt.

Der Hauptpersonalrat hat das Kultusministerium weiter darauf aufmerksam gemacht, dass die verschiedenen Schüleraustausche, die zum Teil in anderen Verwaltungsvorschriften geregelt sind, hinsichtlich der Reisekosten von Lehrkräften bei der Überarbeitung einbezogen werden müssen. Ob ein Ruhen von Widersprüchen in diesen Fällen ebenfalls erfolgt, ist zur Zeit des Redaktionsschlusses noch offen.

Jörg Sobora

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Uli Abele

Michael Belz

Meinungsaustausch

Am 14. Februar 2020 waren Vertreter der ÖPRen aller gymnasialen und beruflichen Seminare vom Hauptpersonalrat außerschulischer Bereich (HPR asB) zu einem Meinungsaustausch in die Geschäftsstelle des HPR eingeladen. Ziel der Veranstaltung war es, von den Vertretern vor Ort zu erfahren, wo der Schuh im Zusammenhang mit den Umstrukturierungsmaßnahmen des Qualitätskonzeptes aktuell am meisten drückt.

Als Problembereich mit der höchsten Dringlichkeit wurden die aktuell immer noch unbesetzten Stellen in der Seminarleitung benannt. Es gibt Seminare, die die Organisation der neuen Kurse 2020/2021 komplett ohne Seminarleitung bzw. Stellvertretung stemmen mussten. Vor dem Hintergrund der von den betroffenen Seminaren geschilderten Erfahrungen scheint der zukünftige Wegfall der stellvertretenden Seminarleitung mehr als fragwürdig.

Die fehlende bzw. völlig unzureichende Information von Seiten des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) bzw. des Kultusministeriums über die konkreten Auswirkungen des Qualitätskonzeptes auf den einzelnen Beschäftigten vor Ort erzeugt bei den Betroffenen große Unsicherheit und führt teilweise zu erheblicher Frustration. Insbesondere Lehrbeauftragte sorgen sich um ihren weiteren Verbleib an den Seminaren. Dies wirkt sich zum Teil auch bereits auf die Verfahren zur Rekrutierung neuer Lehrbeauftragter aus.

Als dritter Schwerpunkt kristallisierten sich Probleme bei der Bildung der regionalen Fachteamstrukturen heraus. Offenbar haben sich bereits an fast allen Regionalstellen 'vorläufige' Fachteams gebildet, die aber bisher ausschließlich aus den an das ZSL versetzten ehemaligen Fachberatern Unterrichtsentwicklung bestehen. Lehrbeauftragte und Fachleiter waren zu diesen vorläufigen Treffen nicht eingeladen.

Der HPR hat die Leitung des ZSL gebeten, darüber Auskunft zu geben, in welchen Regionalstellen differenziert nach Fächern bereits 'vorläufige' regionale Fachteamtreffen stattgefunden haben, welcher Personenkreis zu diesen vorläufigen Treffen eingeladen wurde und auf welcher Grundlage vorläufige Fachteamsprecher nach welchem Verfahren bestimmt wurden.

Michael Belz

Perspektiven für die digitale Schulentwicklung

Derzeit wird an vielen Schulen diskutiert, wie beim Einsatz von digitalen Endgeräten im Klassenzimmer ein fachlicher und methodischer Mehrwert erreicht werden kann. Die Auseinandersetzung mit der pädagogisch-didaktischen Dimension von zeitgemäßem Unterricht stellt die Grundlage für eine nachhaltige Medienentwicklung dar. Im Folgenden werden drei Perspektiven der digitalen Schulentwicklung herausgegriffen und einige der damit verbundenen Herausforderungen vorgestellt.

1. Perspektive: Unterricht

1.1 Sinnvoller Einsatz digitaler Medien

Im Rahmen einer Metastudie wurde gezeigt, dass digitale Medien im MINT-Unterricht bei Schülerinnen und Schülern zu einer höheren Motivation und zu besseren Schulleistungen führen[1]. Die positive Wirkung hängt allerdings stark davon ab, wie die Medien in den alltäglichen Unterricht integriert werden. Vorteilhaft ist ein zeitlich begrenzter Einsatz, die Verknüpfung mit kooperativen Lernformen, die Begleitung durch professionell geschulte Lehrerinnen und Lehrer sowie die Verwendung nur als Ergänzung zu klassischen Unterrichtsmaterialien und Methoden.

1.2 Kompetenzorientierung statt Reproduktion

Die Digitalisierung des Unterrichts wird derzeit oft lediglich dafür eingesetzt, um bestehende Unterrichtsabläufe und Materialien durch digitale Möglichkeiten zu erweitern oder zu ersetzen. Ein Beispiel hierfür ist die Transformation des analogen Mathematik-Übungsheftes hin zu einer digitalen Lernplattform: Das Prinzip zur Lösung einer Aufgabe wird dabei so lange vorgemacht, bis der Schüler es nachmachen kann. Vor hundert Jahren geschah dies durch den Lehrer an der Kreidetafel, heute, im digitalen Zeitalter, über adaptive Lernsysteme oder über Erklärvideos.

Statt zur Reproduktion von Wissen sollten digitale Medien im Unterricht vor allem zur Förderung und zur Stärkung von Kompetenzen wie Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritischem Denken (4K) eingesetzt werden. Hierzu ist eine Verknüpfung von mobilen Endgeräten mit individuellen, forschenden, kreativen und projektartigen Arbeitsaufträgen ein gangbarer Weg. Beispiele aus dem Unterricht des Autors finden sich im Artikel[2] sowie auf der Homepage (patrickbronner.de/unterricht).

1.3 Lernprozessdiagnose

Ein großer Mehrwert von digitalen Medien im Unterricht zeigt sich im zeitlich flexiblen, effektiven und schnellen >>

Einsatz zur lernbegleitenden Diagnose. Lehrerinnen und Lehrer können mit dem digital erworbenen Wissen die Schwachstellen im Unterricht identifizieren und den weiteren Unterrichtsverlauf optimal auf die Bedürfnisse der Lernenden abstimmen. Zur schnellen Ermittlung des Lernstandes aller Schülerinnen und Schüler können im Unterricht zahlreiche Lernplattformen und Live-Feedback-Apps eingesetzt werden. Professionelle Lernplattformen sind im Gegensatz zu Apps in der Lage, den Schülerinnen und Schülern neben der individuellen Rückmeldung darauf abgestimmte Fördermaterialien zur Verfügung zu stellen. Einen Überblick über derzeit verfügbare digitale Werkzeuge zur Diagnose, Hinweise zum Datenschutz und den Kosten finden sich im Artikel[3] sowie im Handout der zugehörigen Lehrerfortbildung (patrickbronner.de/fortbildung).

2. Perspektive: Lehrerinnen und Lehrer

2.1 Die Rolle im digitalen Zeitalter

Durch neue Technologien wie der künstlichen Intelligenz wird es in naher Zukunft einen rasanten Entwicklungsfortschritt im Bereich der Lerndiagnose und der passgenauen individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern geben. Vor diesem Hintergrund plant eine kanadische Provinz bereits die Reduktion von Lehrpersonal[4].

Auch in Deutschland geht der Trend mit digitalen Medien zur Individualisierung zum Beispiel in Lernateliers mit eigenen Schüler-Arbeitsplätzen. Persönliche Lernpfade werden in solchen Stillarbeitsräumen durch digitale Kompetenzraster vorgegeben und mit binnendifferenzierten E-Learning-Angeboten verknüpft. Lehrerinnen und Lehrer haben die Aufgaben, den Lernfortschritt zu überwachen, zu steuern und die Schülerinnen und Schüler über das weitere Vorgehen zu beraten.

Die Grundlage des Lernens ist jedoch das Gefühl der persönlichen Wertschätzung, das gemeinsame Erleben und die Geborgenheit in einer Klassengemeinschaft. Lernen ist ein sozialer Prozess und kann nur dann gut funktionieren, wenn neben der guten Arbeitsatmosphäre im Klassenzimmer ein respektvolles Lehrer-Schüler-Verhältnis vorhanden ist.

Auch im digitalen Zeitalter sollte auf eine ausgewogene Mischung von individualisiertem Lernen in Einzelarbeit und dem gemeinsamen Lernen innerhalb der Klassengemeinschaft geachtet werden. Digitale Medien dürfen in der schulischen Bildung nur als Hilfsmittel im Lernprozess zu sehen sein. Es zeigt sich somit deutlich, dass es auch weiterhin auf den kompetenten, begeisterten, emphatischen und motivierten Lehrer ankommt.

2.2 Lehrerfortbildungen

Für digital angereicherten Unterricht benötigen Lehrerinnen und Lehrer Sicherheit im Umgang mit digitalen Endgeräten sowie kreative Ideen für ihren sinnvollen Einsatz. Die praxisorientierte Lehrerfortbildung muss daher eine tragende Säule der digitalen Schulentwicklung darstellen.

DER AUTOR

Dr. Patrick Bronner ist Lehrer am Friedrich-Gymnasium Freiburg, Fachberater für Physik am ZSL-Freiburg und Lehrbeauftragter am Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Freiburg. Für die von ihm angestoßene und begleitete Entwicklung des Medienkonzepts erhielt die Schule den Deutschen Lehrerpreis 2016. Mehr Informationen unter **www.PatrickBronner.de**

Die traditionellen Formate der Lehrerfortbildung sind für die fast täglichen Neuerungen in der digitalen Bildungswelt zu unflexibel. Aufgrund der individuellen Medienkonzepte macht es auch nur wenig Sinn, die Lehrerinnen und Lehrer auf externe Fortbildungsveranstaltungen zu schicken. Sinnvoll sind agile Fortbildungsformate wie schulinterne Barcamps, die Integration von Unterrichtsvorschlägen aus sozialen Medien auf die analog gestaltete 'Twitter-Wall' im Lehrerzimmer oder digitale Mini-Fortbildungen bei jeder Gesamtlehrer- und Fachkonferenz.

2.3 Dienstliche Lehrer-Tablets

Um sinnvoll im Unterricht mit digitalen Medien zu agieren, benötigen alle Lehrerinnen und Lehrer einer Schule ein einheitliches digitales Arbeitsgerät. Ein Lehrer-Tablet mit Stifteingabe und Tastatur lässt sich im Unterricht aller Schularten und Fächer sehr vielseitig und flexibel einsetzen: Als flexible Dokumentenkamera (zum Beispiel App: Stage Pro), als interaktive Tafel (zum Beispiel App: Good Notes), zur Nutzung von Lernmaterial aus der Schul-Cloud (zum Beispiel App: PDF Expert & Nextcloud), für die schnelle Gruppenbildung (zum Beispiel App: Team Shake), zur Überwachung der Lautstärke (zum Beispiel App: Lärmampel), als Notenbuch (zum Beispiel lokale App: Teacher Tool) und zum Zugriff auf das digitale Klassenbuch (zum Beispiel App: WebUntis). Mit einem dienstlichen Lehrer-Tablet gehören teure und lehrerzentrierte Medieneinheiten in jedem Klassenzimmer mit Computer, Dokumentenkamera und interaktiver Tafel der Vergangenheit an.

3. Perspektive: Medienkonzept

3.1 Einheitliche Infrastruktur

In vielen Schulen herrscht ein Wildwuchs von arbeitsintensiven und unwirtschaftlichen medialen Einzelprojekten.

Von großem Mehrwert wäre ein einheitliches und zukunftsweisendes Vorgehen, um alle Schulen eines Schulträgers gemeinsam ins digitale Medienzeitalter zu führen. Von jedem Schulträger sollte ein mediales Basiskonzept mit einem gleichen Schulserver-, Cloud-, Mail- und WLAN-System für alle zu betreuenden Schulen als digitales Fundament vorgegeben und mit einem Supportkonzept betreut werden. Auf dieses Fundamt kann jede Schule und Schulart die Endgeräte individuell mit einem Medienentwicklungsplan aufbauen. Die Betreuung, Wartung und Administration aller schulischen Endgeräte sollte dabei durch die zentrale Mobilgeräteverwaltung des Schulträgers oder des Kreismedienzentrums erfolgen. Weitere Informationen zum Schulträgerkonzept sind im Artikel[5] sowie auf der Homepage (patrickbronner.de/digital) verfügbar.

3.2 In kleinen Schritten vorgehen

Die digitale Transformation von Schule und Unterricht sollte nur in kleinen, über mehrere Jahre verteilten Schritten erfolgen[6]. Wichtig ist es dabei, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrende immer wieder in die erforderlichen Schulentwicklungsprozesse einzubeziehen. Nur durch einen stetigen Austausch, Informationen und konkrete Unterrichtserfahrungen ist es möglich, Vorbehalte auf allen Ebenen langsam abzubauen. Schulische Veränderungsprozesse für zeitgemäße Bildung können nur mit viel Geduld sinnvoll angeregt, in einzelne Phasen gestaltet und damit nachhaltig umgesetzt werden.

3.3 Agile Lernräume

Bei der Durchführung von kompetenzorientiertem Unterricht mit digitalen Medien wird sehr schnell deutlich, dass der traditionelle Lernort Klassenzimmer für das mobile Lernen nicht mehr stimmig ist. Der Bedarf nach agilen Lernräumen zum Kommunizieren, kreativen Arbeiten und Forschen wird immer sichtbarer und sollte im Medienkonzept der Schule berücksichtigt werden. Agile Lernräume unterscheiden sich deutlich vom Konzept des Lernateliers für die individuelle Stillarbeit. Ein einfaches Beispiel zur Etablierung wäre die Auflösung des veralteten Computerraums der Schule. Statt festinstallierter PC-Zeilen könnte der Raum mit flexiblen Arbeitsinseln, mobilen Endgeräten und einer Green-Screen Ecke für Videoproduktionen ausgestattet werden.

WEITERFÜHRENDE LINKS

- patrickbronner.de/unterricht
- patrickbronner.de/fortbildung
- patrickbronner.de/digital

3.4 Endgeräte für Schülerinnen und Schüler

Für den spontanen Einsatz von digitalen Medien im Unterricht ist es sinnvoll, wenn jede Schülerin und jeder Schüler zum Beispiel ab der 8. Klassenstufe auf ein eigenes mobiles Endgerät zurückgreifen kann (1:1 Ausstattung). Der Einsatz von temporären Tablet-Koffern mit 30 mobilen Endgeräten oder von schülereigenen Smartphones ist möglich, hat sich aber in der Schulpraxis aufgrund vieler Nachteile nicht bewährt [6]. Die Ausstattung mit individuellen Schüler-Arbeitsgeräten darf aus sozialen, datenschutzrechtlichen und administrativen Gesichtspunkten nicht auf ein Bring-Your-Own-Device Konzept hinauslaufen. Für eine mögliche 1:1 Ausstattung mit Schüler-Tablets sollte durch den Schulträger eine Vollfinanzierung oder zur Not ein sozialverträgliches 'Tablet-Leasing-Modell' zur Verfügung stehen.

4. Fazit: Bildungsziel im digitalen Zeitalter

Auch mit mobilen Endgeräten darf die schulische Bildung nicht für die Zwecke der Arbeits- und Berufswelt 4.0 instrumentalisiert werden. Das Bildungsziel im digitalen Zeitalter muss die umfassende Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler zu selbstständigen, kritikfähigen, wertebewussten, verantwortungsvollen und medienmündigen jungen Menschen bleiben. Zeitgemäßer Unterricht sollte dabei immer ein ausgewogenes Zusammenspiel von digital & analog, von Lernraum & Klassenzimmer, von Kompetenzorientierung & Übungsaufgabe sowie von Tablet & Kreidetafel sein.

Literatur:

[1] *Hillmayr, D.; Reinhold, F.; Ziernwald, L.; Reiss, K.:* Digitale Medien im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht der Sekundarstufe. Einsatzmöglichkeiten, Umsetzung und Wirksamkeit. 1. Auflage. – Münster: Waxmann (2017)

[2] *Bronner, P.:* Digitale Bildung: Alter Wein in neuen Schläuchen?! Zeitschrift 'bildung+', Friedrich Verlag, 05/20 (2020)

[3] *Bronner, P.:* Lerndiagnose mit Smartphones und Tablets. Zeitschrift 'PÄDAGOGIK', Beltz Verlag, 04/20 (2020)

[4] *Blazekovic, J.:* E-Learning: Schule ohne Lehrer. Artikel in der 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' vom 30. Januar 2020

[5] *Bronner, P.:* DigitalPakt#D: Wünsche und Visionen für Schulträger. Magazin ExcitingEdu, Klett Verlag, 01/19 (2019)

[6] *Bronner, P.:* Schule auf dem Weg ins digitale Zeitalter: Vom Schülerprojekt zum Schulkonzept. Computer und Unterricht, Friedrich Verlag, 113/19 (2019)

Hinweis: Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz »CC BY-SA 4.0« veröffentlicht.

Kleine Änderung, große Wirkung

Für eine dauerhafte Verschiebung der Sommerferien um einen Tag

von **Isabel Dobos**
Isabel Dobos unterrichtet seit 2005 die Fächer Englisch, Deutsch, Geschichte und Geschichte bilingual am Hohenstaufen-Gymnasium Göppingen. Sie ist PhV-Schulvertreterin und ÖPR-Vorsitzende

In letzter Zeit wurde über die künftigen Sommerferientermine teils hitzig diskutiert. Soll Baden-Württemberg sich weiterhin aus dem rollierenden System der meisten anderen Bundesländer ausklinken und gemeinsam mit Bayern auf dem spätesten Termin beharren? Dies ist eine Frage, die sicher diskussionswürdig ist, der sich dieser Artikel jedoch nicht widmet.

Ein anderer Aspekt im Hinblick auf die Festlegung des Sommerferientermins erscheint mir persönlich interessanter und für mein Lehrerdasein und Wohlbefinden vielleicht wichtiger, auch wenn er bislang in der öffentlichen Diskussion keine Rolle spielt. Nicht die Kalenderwoche, sondern die konkreten Wochentage, an denen die Sommerferien beginnen und enden, sollten überdacht werden. Meiner Meinung nach könnte eine kleine Verschiebung eine große Erleichterung bedeuten.

Schon immer ist bei uns im Südwesten der letzte Schultag im Sommer ein Mittwoch. Um 11:00 Uhr beginnen dann die Sommerferien, auf die sich, ausgelaugt von der Arbeit der vergangenen Monate, Schüler wie Lehrer gleichermaßen und zu Recht freuen. Der Wiedereinstieg im September sechseinhalb Wochen später ist traditionell am Montag. In den meisten Schulen beginnt der Unterricht bzw. die Klassenlehrerstunde frühmorgens in der 1. Stunde, teilweise, so auch an meiner Schule, findet am ersten Schultag gleich auch schon Nachmittagsunterricht laut Stundenplan statt. Die Stresskeule schlägt an diesem Montag voll zu, auch wenn die unterrichtsfreie Zeit für viele Kolleginnen und Kollegen wegen Konferenzen und Besprechungen schon in der letzten Ferienwoche geendet haben mag. Und wenn der Tag geschafft ist, liegen immer noch vier Schultage vor einem bis zum ersten Wochenende im neuen Schuljahr, der ersten Verschnaufpause nach einer für die meisten Kolleginnen und Kollegen meist ziemlich harten Woche.

Muss das so sein, und muss das für alle Zeit so bleiben? Im Sommer 2019 wurde diese Tradition wegen des engen Abiturzeitplans ausnahmsweise durchbrochen, der Unterricht ging Ende Juli bis Freitag und begann im September an einem Mittwoch. Der oder die Einzelne mag diese Abweichung von der Norm begrüßt oder abgelehnt haben, es war zumindest aber eine interessante Erfahrung für uns alle. Die volle Schulwoche vor Ferienbeginn haben wir irgendwie überlebt und die kurze Drei-Tage-Woche im September hat wohl die meisten eher gefreut als gestört. Für die nächsten Jahre bis 2024 ist im von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Ferienkalender aber bereits wieder der Donnerstag als erster Sommerferientag festgelegt.

Stellen wir uns vor, die Sommerferien begännen regulär nicht am Mittwoch um 11:00 Uhr, sondern immer einen Tag später, am Donnerstag um 11:00 Uhr, das heißt Freitag wäre der erste volle Ferientag. Oje, mag man im ersten Moment denken, noch ein Tag länger bis zu den Ferien als normal, und das zu einer Zeit, zu der man doch sowieso schon völlig am Ende ist und inhaltlich kaum noch etwas geht. Sicher, ein riesiger inhaltlicher Gewinn wäre ein weiterer Tag in der letzten Woche vor den Sommerferien vermutlich nicht. Allerdings wäre man dann noch 'im Trott' und würde die letzten Schultage einschließlich dem Donnerstagvormittag wohl ähnlich gut meistern wie bisher.

Viel attraktiver an dieser Vorstellung ist allerdings der Blick auf den Beginn des neuen Schuljahrs im September. Der Unterricht würde am Dienstag beginnen. Für die Schülerinnen und Schüler würde dies zum Einstieg eine Vier-Tage-Woche bedeuten, was die Mehrheit sicher gutheißen würde. Auf das eventuelle Problem der Betreuung von Schulkindern am Montag, an dem die Eltern zu Wochenbeginn wieder arbeiten müssen, kann ich hier nicht differenziert eingehen und leider auch keine pauschale Lösung vorschlagen. Allerdings bliebe die Zahl der Ferien- und damit zu betreuenden Tage ja insgesamt gleich.

Für die Kollegien böte der Unterrichtsbeginn am Dienstag die Möglichkeit, am Montag, dem letzten Ferientag, die erste GLK des Schuljahres und gegebenenfalls andere Besprechungen abzuhalten. An vielen Schulen findet die erste GLK seit Jahren schon am Freitag oder Samstag in der letzten Ferienwoche statt. Mit der Konsequenz, dass viele Kolleginnen und Kollegen samt ihren Familien nicht frei über die letzte ganze Ferienwoche verfügen und beispielsweise für diese Woche keinen klassischen Samstag-bis-Samstag-Urlaubsaufenthalt (oft zu weit günstigeren Nachsaison-Preisen als in den Wochen zuvor) buchen können. Eine schulische Pflichtveranstaltung für Lehrkräfte am letzten Freitag oder Samstag in der letzten Ferienwoche entwertet meines Erachtens diese gesamte Ferienwoche in erheblichem Ausmaß. Die Abhaltung von GLKs, anderen Konferenzen und Vorbesprechungen am Montag vor Schuljahresbeginn würde dieses Problem beheben, den Kolleginnen und Kollegen deutlich mehr Spielraum bei ihrer Feriengestaltung gestatten und dadurch wie auch durch die vermutlich spürbare Entlastung und Stressminderung in der ersten Schulwoche insgesamt zu einer höheren Zufriedenheit im Beruf beitragen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie alle über diese Idee nachdenken und sie in ihren Kollegien wie auch im Verband diskutieren würden. Für die nächsten fünf Jahre kann man wohl nichts mehr ändern. Meine Hoffnung richtet sich auf 2025 und die Folgezeit.

Gleich, nicht gleichwertig.

Seit einigen Jahren ist der Übergang der Schülerinnen und Schüler an die beruflichen Gymnasien gestiegen – an manchen allgemeinbildenden Gymnasien so stark, dass eine oder sogar mehrere Klassen geschlossen werden mussten. Dafür verantwortlich sind sicherlich mehrere Faktoren wie das attraktive Angebot eines 13. Schuljahres, wenn kein G9-Gymnasium in der Nähe ist, die Aussicht auf einen Neuanfang in einer neuen Umgebung, andere, zum Teil anwendungsbezogenere Fächer und die sechsstündigen Profilfächer oder auch die durchweg erheblich bessere Ausstattung an digitalen Unterrichtsmedien, um nur ein paar zu nennen. Jeder Schulleiter, der jährlich dreißig oder mehr Schüler an die beruflichen Gymnasien verliert, kann diese Faktoren sicherlich noch durch spezifisch örtliche Gründe ergänzen.

Als Gerücht, dem hin und wieder auch widersprochen wird, geistert ein weiterer Faktor durchs Land. Das Abitur sei an den beruflichen Gymnasien leichter zu erwerben. Genauer gesagt, für gute Schüler seien sie zum Erwerb von sehr guten bis besten Noten als Voraussetzungen für ein Studium mit Numerus Clausus attraktiv.

Von amtlicher Seite heißt es dann gerne, das Abitur an den beruflichen Gymnasien sei 'nicht gleichartig', aber gegenüber dem allgemeinbildenden Abitur 'gleichwertig'.

Da nun aber im Fokus unserer Schülerinnen und Schüler (und ihrer Eltern) nicht selten primär der Abitur-Durchschnitt als Eintrittskarte für die Universität steht und weniger die Allgemeinbildung, die sie aus der Schule mit ins Leben nehmen, ist ihnen nichts vorzuwerfen, wenn sie sich aus genau diesem Grund für ein berufliches Gymnasien entscheiden. Dies ist die direkte Reaktion des 'homo oeconomicus' auf die Rahmenbedingungen, welcher ja auch im allgemeinbildenden Gymnasium in manchen Fächern im Mittelpunkt steht.

Zudem müsste man, um diesem Gerücht belastbare Zahlen gegenüberzustellen, zwischen den verschiedenen Profilen der beruflichen Gymnasien unterscheiden. Da zur Zeit die Anmeldenoten beim Übergang zu den beruflichen Gymnasien erfasst werden und mit dem IBBW ein Institut, das eigens zur wissenschaftlichen Erhebung empirischer Daten gegründet wurde, besteht, scheint es möglich und wäre es auch wünschenswert, zu verfolgen, wie sich die individuellen Noten von Schülerinnen und Schülern entwickeln, die gewechselt haben.

Aufgabe der Schulverwaltung muss es sein, eine vermeintliche Schieflage gar nicht erst entstehen zu lassen und Chancengleichheit herzustellen. Insbesondere, weil zur Zeit gerade die Oberstufenstruktur und damit auch die Oberstufen-Bildungspläne für die beruflichen Gymnasien reformiert werden, wäre das eine einmalige Chance, tatsächlich nicht nur Gleichwertigkeit, sondern Gleichartigkeit zu schaffen. Warum sollen denn die Abiturienten an einem beruflichen Gymnasium in Fächern wie Mathematik, Deutsch, Englisch, Geschichte, Gemeinschaftskunde, Religion oder Ethik nicht die gleichen Bildungspläne haben? Warum nicht die gleichen Prüfungsvoraussetzungen? Warum nicht die gleichen Prüfungen? Immerhin haben die Schülerinnen und Schüler im BS-Bereich ja gegenüber dem Großteil der Abiturienten ein Jahr länger Zeit dafür. Jüngste Zahlen zu Studienabbrecherquoten sprechen allerdings eher dafür, dass das zusätzliche Jahr dafür nicht ausreicht.

Und warum prüft man nicht zusammen? Warum werden Abiturklausuren in Deutsch, Mathematik oder Englisch nicht von einem Kollegen an den beruflichen Gymnasien zweitkorrigiert und vice versa? Warum sitzt beim mündlichen Abitur in einer Prüfungskommission eines allgemeinbildenden Gymnasiums kein beruflicher Kollege und vice versa? Schon allein dieser Austausch würde zu einem Kennenlernen, Gesprächen und langfristig möglicherweise zu einer Angleichung führen. Mir fiele kein Grund ein, der gegen einen Austausch dieser Art spräche. Voraussetzung wäre natürlich, dass man die gleichen Schwerpunktthemen im Abitur hat und die gleichen oder wenigstens vergleichbare Bildungspläne zu Grunde liegen. Angesichts der Tatsache, dass man den gleichen Bildungsabschluss erhält, scheint dies keine unmäßige Forderung.

Ein für die allgemeinbildenden Gymnasien durchaus willkommener Nebeneffekt wäre, dass bei einer solchen Angleichung der Bildungspläne auch der eine oder andere Fehler der Bildungsplanreform 2016 gesichtswahrend korrigiert werden könnte.

Um der Fairness für alle Schülerinnen und Schüler willen muss deshalb die Forderung heißen: gleich, nicht gleichwertig!

Dieter Grupp

Aus dem Redaktionsteam

• Heute: Sabine Grobe

Sabine Grobe unterrichtet am Hellenstein-Gymnasium in Heidenheim die Fächer Biologie, Chemie und NwT. Zum Philologenverband kam sie in Bayern, wo sie auch Vorsitzende der Jungen Philologen war. Im Redaktionsteam für *Gymnasium Baden-Württemberg* interessiert sich Sabine Grobe besonders für bildungs- und berufspolitische Themen.

Sie möchte zeigen, dass PhV-Mitglieder Freude am Beruf des Gymnasiallehrers haben, gute Arbeit an den Gymnasien in Baden-Württemberg leisten und das Gymnasium weiterentwickeln wollen.

Bund-Länder-Initiative

’Leistung macht Schule’ (LemaS) Teil 2

LEISTUNG MACHT SCHULE

Ein Erfahrungsbericht von OSD’in Sabine Rühtz, Schulleiterin am Scheffel-Gymnasium Lahr

Nachdem wir uns für das zweite Kernmodul **’Fordern und Fördern im Regelunterricht’** und darin für das Teilprojekt **’Individualisierung durch *Mentoring* an Schulen der Primarstufe und Sekundarstufe I’** entschieden hatten, ging es im Januar 2018 endlich los.

Es zeichnete sind sofort ab, dass LemaS uns eines in großem Maße kosten würde, nämlich Zeit. Die Auftaktveranstaltung war in Berlin, sie bedeutete für uns vierzehn Stunden Bahnfahrt für vier Stunden Programm. Doch es blieb nicht bei dieser Auftaktveranstaltung, natürlich gab es in Baden-Württemberg eine eigene Auftaktveranstaltung, diese fand im März 2018 in Stuttgart statt. Das bedeutete für uns dann nur fünf Stunden Bahnfahrt für fünf Stunden Programm.

Ein weiterer zeitlich aufwändiger Termin kam 2018 noch dazu, der Bildungskongress in Münster/Westfalen. 2019 hatten wir es besser, dieses Mal mussten wir nur nach Karlsruhe, dafür gab es dort für unseren Bereich – das *Mentoring* – kein Workshopangebot.

Unser Augenmerk fiel aber in Zusammenhang mit dem Auftakt in Stuttgart auf einen anderen wichtigen Punkt. In der Presse wurde und wird immer mit den vielen Millionen geworben, die Bund und Länder in diese Initiative stecken. Für die Veranstaltung in Stuttgart musste erstmals über einen Projektträger abgerechnet werden. Eine Kostengrenze fiel mir sofort ins Auge, für Parkgebühren durften höchstens 5,– Euro eingereicht werden. Wo um Himmels willen kann man für diesen Betrag sein Auto abstellen, in Stuttgart jedenfalls nicht! Immer wieder gab es finanzielle Beschränkungen, zum Beispiel durften nur zwei Personen Reisekosten abrechnen oder nur eine Person übernachten oder es sollten gar keine Reisekosten übernommen werden, wie beim Workshop zum *Mentoring* in Stuttgart. Wir waren kurz davor, unsere Teilnahme abzusagen, als dann doch in letzter Minute die Zusage kam, dass beide Lehrer Fahrtkosten und auch Übernachtungskosten erstattet bekommen sollten.

Nach dem Bildungskongress in Münster wurden wir dann hinsichtlich unserer Erfahrungen mit LemaS befragt. Beim Kernmodul 1 *(Netzwerkstrukturen)* konnten wir Positives wie auch Negatives berichten, denn wir wurden von dem uns zugeordneten Schulberater recht gut auf den bevorstehenden Arbeitsprozess vorbereitet. Jedoch blieben viele Fragen offen und sorgten für Konfusion. Man gewann den Eindruck, dass die Universitäten in einigen elementaren Punkten mit den Regularien und Abläufen an den Schulen nicht vertraut sind. Beim Kernmodul 2 *(Fordern und Fördern)* erlebten wir einen guten Start, weil es durch die Universität Regensburg eine enge Begleitung gibt und der vorgestellte Fahrplan durchaus machbar erscheint. Desgleichen überzeugte uns die sinnvolle Abfolge der nächsten Arbeitsschritte. Darüber hinaus kann das Projekt erfolgreich werden, wenn die teilnehmenden Schulen gut kooperieren und die Universitäten die Belange und Bedingungen der Schulen ins Zentrum stellen. Was nicht deutlich wurde, war eine klare Transparenz hinsichtlich der Anforderungen an die Lehrkräfte. Und das hängt mit den vergebenen Ressourcen zusammen. Wir Schulen erhalten kein Geld von LemaS, sondern ’nur’ Deputatsstunden. Das sind in unserem Fall drei, weil wir auch Koordinator eines Clusters sind. Wenn aber außer zwei Lehrern noch weitere Lehrer Zeit in LemaS stecken sollen, dann müsste es weitere Anrechnungsstunden geben. Von anderen Bundesländern hört man, dass sehr viele Stunden an die Schulen gehen und auch Geld zur Verfügung gestellt wird. Das ist im reichen Bundesland Baden-Württemberg nicht so und deshalb äußerten wir auch die Befürchtung, dass die Finanzierung eher zugunsten der Universitäten und zu Lasten der Schulen gehe.

Was ist jetzt unser Mehrwert? Diese Frage muss im Raum stehen bleiben, denn wir sind für die Arbeitsgruppe *Mentoring* nicht interessant und das ist desillusionierend. Die Arbeitsgruppe ist nur an einem 1:1 *Mentoring* interessiert, das bedeutet, dass ein Lehrer einen Schüler mit Hilfe des *Mentorings* fördert bzw. fordert.

Wie sieht dieses Modell aus? Die Projektleiter schlugen vor, dass die Schule fünf Lehrern je eine Deputatsstunde gibt, damit sie wöchentlich jeweils einen Schüler betreuen. *Cybermentoring* war dabei auch ein Stichwort, das heißt ein Teil der Sitzungen sollte über Onlinekontakte abgewickelt werden, dabei sollten auch Personen aus der Wirtschaft einbezogen werden.

Warum sind wir nun nicht interessant?

1. Wir haben keine messbaren Ergebnisse, weil wir kein 1:1 *Mentoring* betreiben. Bei uns betreut ein Lehrer eine halbe Klasse. Er führt also mit maximal fünfzehn Schülern drei Gespräche im Schuljahr zu festgesetzten Zeiten und mit einem festen Gesprächsleitfaden.
2. Wir haben bei unseren *Mentoringgesprächen* immer die Vertraulichkeit im Blick. Vieles bleibt zwischen

Mentor und Mentee und wird nicht weitergetragen.

3. Unser *Mentoring* ist breit gestreut. Jeder Schüler von Klasse 7 bis 10 kommt in den Genuss dieser Gespräche. Das bedeutet, dass etwa 400 Schülerinnen und Schüler dreimal im Schuljahr ein Mentoringgespräch mit einem von 32 Lehrerinnen und Lehrern führen. Sie haben also alle die Möglichkeit, ihre Stärken und auch ihre Schwächen im vertraulichen Gespräch zu benennen und sich weiter zu entwickeln. Wir bieten damit allen unseren Schülern (und nicht nur 5 ausgewählten) die Möglichkeit, ihre Stärken zu zeigen und gefördert zu werden

Wir erzielen große Erfolge damit, denn die Lehrerinnen und Lehrer melden der Schulleitung Schülerinnen und Schüler, die ihnen in den Gesprächen auffallen. Vorschläge zur weiteren Förderung übernehme dann ich.

Was kann ich nun für Vorschläge machen? Nachdem die jeweiligen Fachlehrer den entsprechenden Schülerinnen und Schülern Vorschläge zur Teilnahme an Wettbewerben unterbreitet haben, kann ich auf hervorragende Angebote vor Ort hinweisen. Unsere Schule ist regionale Stützpunktschule für *NaT-Working* (Molekularbiologie), wir haben *Junior-* und *Senior-Debating-Gruppen* und vieles andere. Und unsere Schüler nehmen diese Angebote gerne an, wenn wir sie ihnen empfehlen.

Um unsere Schule weiter zu professionalisieren, habe ich initiiert, dass unsere Schülerinnen und Schüler durch die AIM – Akademie für Innovation und Management Heilbronn (Dieter Schwarz Stiftung) als Schülermentoren für die Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfeangebote ausgebildet werden. Dafür habe ich mein bestehendes Netzwerk genutzt, das ich aus meinen Zeiten im RP-Bereich Stuttgart (Deutschorden-Gymnasium Bad Mergentheim) mitgebracht habe.

Auch auf mein Netzwerk geht die Möglichkeit zurück, die wir 2019 hatten, nämlich gleich zwei außergewöhnlich begabte Schülerinnen bei der Juniorakademie Adelsheim unterzubringen. Eine weitere Schülerin, die außerhalb der Schule weiter gefördert werden sollte, studiert in diesem Wintersemester als Schülerstudentin Sinologie an der Universität Freiburg.

All diese Beispiele zeigen, dass unser Mentoringsystem sehr gut aufgestellt ist. Von etwa zwanzig Schülerinnen und Schülern wird mir berichtet und dann schauen wir, was wir ihnen zusätzlich bieten können. Je nach Begabungsprofil – das kann durchaus auch handwerklich sein, dann stellen wir Kontakte zu Ausbildungs- oder Praktikumsbetrieben her – können wir persönlich zugeschnittene Angebote bieten. Und das ist in meinen Augen gerechter, als wenn ich nur fünf Schülern meiner Schule die Gelegenheit dazu geben würde. Begabungsförderung muss flächendeckender sein.

Was bleibt von LemaS? Wir freuen uns, dass ein Blick auf die Vernetzung von Schulen mit allen möglichen Partnern geworfen wird und vor allem, dass Leistung und Leistungsförderung als positiv eingeordnet werden. Wir haben vielleicht das falsche Teilprojekt gewählt. Die Vertreter unserer Schule besuchten in Karlsruhe Teilprojekt 18 '**Diversitätssensibles Lernen mit komplexen Aufgaben im Fremdsprachenunterricht des Faches Englisch**'. Hier machten sie die Erfahrung, dass die Kooperation zwischen Universität und Schule durchaus zu gelingen scheint. Bei diesem Thema gibt es ganz andere Voraussetzungen, denn das Arbeitsfeld ist viel enger gesteckt und konkreter formuliert. Dadurch können die teilnehmenden Schulen, aber auch die Arbeitsgruppe der Universität Gießen sehr voneinander profitieren. Professor Hallet, der die Arbeitsgruppe leitet, ist der führende Englisch-Bili-Didaktiker Deutschlands. Er berichtete von zahlreichen Besuchen an den teilnehmenden Schulen in ganz Deutschland.

Wir werden nicht aufhören, unser eigenes *Mentoring* weiter zu professionalisieren und bei unseren Schülerinnen und Schülern Stärken zu entdecken und Leistung zu fördern, auch wenn wir in der Arbeitsgruppe eine Sonderrolle einnehmen.

Anmerkung der Redaktion: Dies ist die Fortsetzung des Berichts aus Gymnasium Baden-Württemberg 1-2/2020, Seite 25/26.

Treffen mit der SPD

Am 18. Dezember 2019 fand das turnusmäßige Gespräch mit Stefan Fulst-Blei, MdL und seinem Mitarbeiter Dr. Sommer von der SPD statt. Für den PhV BW waren Ralf Scholl, Karin Fetzner und Christian Unger anwesend. Es wurden bildungspolitische Themen wie die Wahlfreiheit G8/G9 und Fragen zur neuen Gestaltung des Abiturs angesprochen.

>> Christian Unger, MdL Stefan Fulst-Blei, Ralf Scholl und Karin Fetzner

Wahlausschreibung

Bei der Vertreterversammlung des Philologenverbands Baden-Württemberg am 9. und 10. Juli 2020 in Fellbach stehen turnusmäßige Neuwahlen der Mitglieder des Landesvorstands an. Gewählt werden:

- **eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender**
- **zwei Stellvertretende Vorsitzende**
- **eine Schatzmeisterin bzw. ein Schatzmeister**

Zudem werden folgende Ämter neu gewählt:

- **zwei Kassenprüfer sowie deren Stellvertreter**
- **vier zusätzliche Mitglieder des Finanzausschusses sowie deren Stellvertreter**
- **vier ordentliche Mitglieder des Schlichtungsausschusses sowie deren Stellvertreter**

(s. Satzung des PhV BW in der Fassung vom 6. Juli 2018, § 13 (7) und Wahlordnung des PhV BW §§ 1 Nr. 5, 3 (1), 4 (2) und (4)).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Amtszeit der bei der Vertreterversammlung 2020 gewählten Mitglieder des Landesvorstands satzungsgemäß im Jahr 2023 endet *(s. Satzung des PhV BW in der Fassung vom 6. Juli 2018, § 25 (1))*.

Der **Wahlleiter** und ein **Wahlausschuss** werden vor der Vertreterversammlung vom Landesvorstand bestimmt.

Kandidatenvorschläge sind

–> *schriftlich* zu richten:
An den Wahlleiter für die PhV-interne Wahl
am 9. Juli 2020 in Fellbach
über den Leiter der Landesgeschäftsstelle
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

–> oder: *mündlich* in der Vertreterversammlung vorzubringen.

Steffen Kottmann, Landesgeschäftsstelle

Foto: Dominik Ohly

>> Die Teilnehmer des PhV BW beim Treffen mit Karl-Wilhelm Röhm, dem bildungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag

Konstruktiver Austausch mit CDU-Bildungspolitikern

Im Rahmen des kontinuierlichen Dialogs zwischen dem Philologenverband BW und den Landtagsfraktionen trafen sich Vertreter des PhV-Landesvorstands am 17. Februar 2020 im Haus der Abgeordneten in Stuttgart mit dem Bildungspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Karl-Wilhelm Röhm MdL sowie dem Parlamentarischen Berater Dominik Ohly. In dem über zweistündigen konstruktiven und intensiven Gespräch ging es unter anderem um die Situation an den Gemeinschaftsschulen und die Forderung des Philologenverbands nach einem tragfähigen pädagogischen Konzept für diese Schulart. Einigkeit bestand darüber, dass eine belastbare wissenschaftliche Studie über die Leistungen der Gemeinschaftsschulen dringend notwendig ist. Bezüglich der mündlichen Abiturprüfung in Gemeinschaftskunde und Geographie konnten die PhV-Vertreter die aus schulpraktischer Sicht bestehenden Probleme bei der Kombinationsprüfung erläutern und mögliche Lösungsansätze mit den CDU-Bildungspolitikern diskutieren. Ausführlich besprochen wurde ebenfalls der Vorschlag des Philologenverbands für ein G9-Konzept, das bei MdL Karl-Wilhelm Röhm und Dominik Ohly auf reges Interesse stieß. Seitens des PhV nahmen an dem Gespräch der Landesvorsitzende Ralf Scholl, die stellvertretenden Landesvorsitzenden Karin Fetzner und Jörg Sobora, der Rechner des Bezirksverbands Nordbaden, Thomas Schwan, sowie Geschäftsstellenleiter Steffen Kottmann teil. Das nächste Treffen mit der CDU-Landtagsfraktion wurde für den 27. April 2020 vereinbart.

Steffen Kottmann

Der neue Bezirkspersonalrat Tübingen

Der neue Bezirkspersonalrat hat am Regierungspräsidium Tübingen zu diesem Schuljahr seine Arbeit aufgenommen. Die Bezirkspersonalräte der PhV-Fraktion sind gerne für Sie da *(v.l.n.r.)*:

Ursula Dingler, Max Biehahn, Regina Hoch-Veser, Andreas Müller, Ingrid Wagenuber, Dieter Grupp, Cord Santelmann, Jörg Sobora

Kooperation von Eltern und Lehrkräften

Fachtag zur Zusammenarbeit von Eltern und Schulen mit Ministerin Dr. Susanne Eisenmann

>> Ministerin Dr. Susanne Eisenmann

Der Fachtag für Eltern und Lehrkräfte fand am 12. Februar 2020 in Bad Cannstadt als Zusammenführung der Ergebnisse der drei 'Elternabend'-Veranstaltungen in Ulm, Karlsruhe und Stuttgart statt. Diese hatten zum Ziel, über die vielfältigen Aspekte einer förderlichen Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zu sprechen. Rund 400 Personen waren gekommen, um sich über die Erkenntnisse zu informieren, einen wissenschaftlichen Vortrag zum Thema zu hören und sich gute Praxisbeispiele in den vier Wahlforen vorstellen zu lassen.

Zuerst referierte Prof. Werner Sacher auf der Grundlage von internationalen Forschungsergebnissen, wie eine solche Kooperation ausgerichtet sein soll, damit sie gelingt. Es wurden sowohl erfolgreiche praktische Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, als auch verkürzte Auffassungen und überzogene Erwartungen korrigiert. Kurz zusammengefasst: Der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern hängt in hohem Maße davon ab, wie gut Eltern und Lehrkräfte kooperieren, hierin liegt ein wesentlicher Schlüssel zum diesem. Der Vortrag wird auch in der Zeitschrift 'Schule im Blickpunkt' des Landeselternbeirats veröffentlicht, es gibt zudem eine Downloadmöglichkeit auf der Homepage des Kultusminsiteriums.

Im Anschluss war in vier Foren die Möglichkeit geboten, sich zu verschiedenen Themen anhand von erprobten Musterbeispielen aus verschiedenen Schulen zu informieren und darüber zu sprechen. Wie kann die Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus verbessert werden? Wie können Eltern ermutigt und Hürden abgebaut werden? Wie können Brücken zur Konfliktvermeidung und -lösung gebaut werden? Wer hat welche Zuständigkeit und welche Verantwortung? Mögliche Antworten auf diese Kernfragen wurden an Beispielen aufgezeigt, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtags in sehr angeregten Gesprächen diskutierten und auch weiterentwickelten. Das Ziel, wie Dr. Susanne Eisenmann es ausdrückte, soll sein, eine Reihe von Empfehlungen für die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule zu erarbeiten, eine Best-Practice-Liste, damit am Ende alle am Schulleben Beteiligten davon profitieren können.

Karin Fetzner

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung *(s. Umschlagseite 4)*

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2020 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14 18,95 Euro	A 13/E 14 19,45 Euro	
	A 14/E 15 20,75 Euro	A 15/E 15Ü 22,55 Euro	A 16 und darüber 24,35 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten 1,95 Euro	Referendare 3,89 Euro	Pensionäre 7,78 Euro

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort *Geb.-Datum*

Telefon *E-Mail*

☐ Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

☐ Beamte/r, Amtsbezeichnung A ☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E ☐ Studienreferendar/in ☐ Student/in

Dienststellung (StR, ...) *Fächerkombination* *Deputat in Wochenstunden*

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, den jeweils fälligen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum *Unterschrift*

Unter **https://phv-bw.de** finden Sie alle Informationen zum *Datenschutz* unter **–> Datenschutz**. Alle Infos zur *Mitgliedschaft* finden Sie unter **–> Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die *Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular* herunterladen.